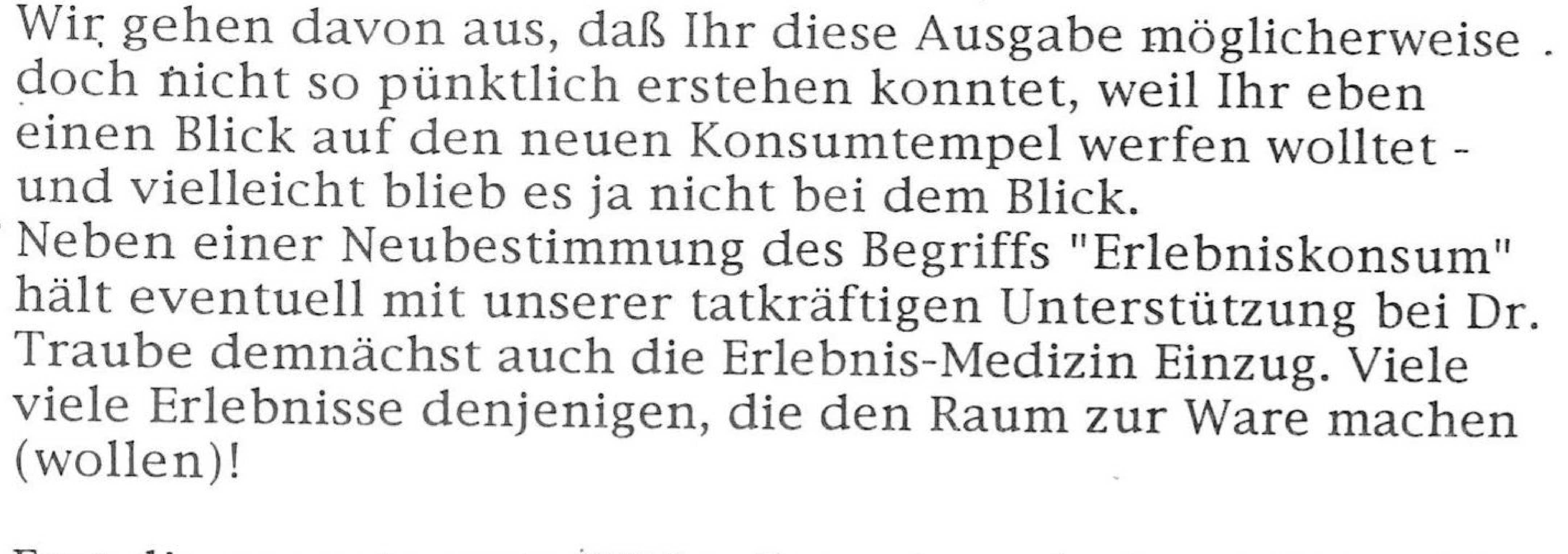
Nr. 365 29.2.1996



Wöchentliches Berlin-Info 2,50 DM





Einen anregenden Donnerstag wünschen wir den Galeries Lafayettes!

Wir gehen davon aus, daß Ihr diese Ausgabe möglicherweise doch nicht so pünktlich erstehen konntet, weil Ihr eben einen Blick auf den neuen Konsumtempel werfen wolltet - und vielleicht blieb es ja nicht bei dem Blick.
Neben einer Neubestimmung des Begriffs "Erlebniskonsum" hält eventuell mit unserer tatkräftigen Unterstützung bei Dr. Traube demnächst auch die Erlebnis-Medizin Einzug. Viele viele Erlebnisse denjenigen, die den Raum zur Ware machen (wollen)!

Fast die gesamte erste Hälfte dieser Ausgabe beschäftigt sich mit Knast und Knast-Soliarbeit in recht unterschiedlichen Varianten. Zur Fritze haben wir einen Beitrag aus der *Swing* mit hineingenommen, der deutlich macht, daß Steinmetz uns nicht allein in Bezug auf Repression viel eingebrockt, sondern auch ganz wesentlich Beziehungen untereinander aufmischt.

Die intergalaktischen Dimensionen waren uns fünf Seiten wert, den Großteil lieferte uns dazu die *Land und Freiheit* mit einer Bilanz zu drei Jahren Zapatistas.

In diese Sinne....

Die Redaktion

Ordner:
BAFÖG-Demo in München
Prozeß gegen AnachistInnen in Italien
RK zu Lübeck
BGS-Funkprotokolle



Impressum

HerausgeberIn:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin

Redaktionsanschrift: s.o.

V.i.s d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

An die solidarischen Freunde und Freundinnen!

Seit zwei Monaten sitzen Jens, Nik, Petra und Conny in Beugehaft. Conny wird jetzt entlassen, da bei ihr der Bundesgerichtshof für zwei der drei gestellten Fragen nachträglich den § 55 anerkennt. Jens, Nik und Petra sollen, so die momentane Lage, die fünf Monate ganz absitzen.

Seit Dezember erreicht uns eine breite Solidaritätswelle.
Besuche bei den vier Gefangenen werden gemacht, Knast-Abos übernommen, notwendige Geldspenden treffen ein, die Fritze bekommt ein Auto geschenkt, Solidaritätsfeste und andere Unterstützungsaktionen wie die Knastkundgebungen in Bruchsal, Bühl, Heimsheim und Schwäbisch-Gmünd werden organisiert.
Wir freuen uns über eure Solidarität.
Wir können sie gut gebrauchen.

Steinmetz, sein Motorrad mit den Koffern, die Knastsprengung in Weiterstadt durch die RAF, angebliche Sprengstoffspuren, Ladungen, Beugehaft, die Bedrohung von Andrea und ihre Entscheidung, wegzugehen - das alles hat uns ziemlich überfordert.
(Kein Wunder. Wir sind ein Wohnprojekt, das versucht, den Alltag gemeinsam zu organisieren, aber politische Entscheidungen wurden und werden meistens individuell gefällt.)
Wir konnten uns lange nicht darüber verständigen, wie wir uns wehren sollten. Unterschiedliche Einschätzungen, ›kein Bock‹ zum Diskutieren, Verdrängung, Angst.
Manche wollten klärende Worte unter uns, auch in Flugblättern - andere mauerten oder schwiegen.
Das erklärt euch vielleicht, weshalb unsere Texte so schwammig waren.

Einige Klärungen:
Wie kam das Motorrad überhaupt in die Fritze?
Andrea sagt: *„Ich kaufte im September 1993 das Motorrad aus der Hinterlassenschaft von Steinmetz. Ich hatte ein irgendwie geartetes Gefühl, mich rächen zu können, da ich ein Fitzelchen von dieser Sau Steinmetz in den Fingern hatte. (...)In meinem Zustand nach Bad Kleinen, betroffen, verletzt, beschämt, fassungslos, verstört, dachte ich nur, das war der ‹Supergau›, etwas Schlimmeres kann nicht mehr passieren. Es war klar, daß Steinmetz den Bullen alles liefern wird, was er weiß und meint zu wissen, und an irgendwelche Folgen in puncto Motorrad wollte ich nicht glauben, obwohl mich Leute warnten. (...) Ich habe mich mühsam und alleine, aber mit Hilfe einiger GenossInnen durch diesen Morast gewühlt, der der schrecklichste Abschnitt meines Lebens ist. Trotz aller Fehler und der scheinbar ausweglosen Situation, habe ich neuen Mut gefaßt“.* (Dezember 1994 - der vollständige Text kann in dem Reader „Steine im Getriebe“ nachgelesen werden.)
Neben dem Motorrad erhielt Andrea die dazugehörenden Koffer, eine Motorrad-Gabel und den KFZ-Brief (und eine Steinmetz-Blanko-Unterschrift für den Fall, daß sie das Motorrad auf ihren Namen umschreiben will).

Infos zur Fritzlaerstr. in Frankfurt/M.

Mit dieser Blanko-Unterschrift fertigte Andrea nachträglich den Kaufvertrag, datiert auf den 3. Mai 1993. Das Motorrad blieb bis zur Beschlagnahmung auf den Namen Steinmetz versichert.
Zu den Motorradkoffer gab es allerdings nicht die passenden Schlüssel. Folglich standen sie von September 93 bis zur Hausdurchsuchung im Mai 94 verschlossen in der Fritze. Diese Koffer sind der Joker im Ermittlungsverfahren. In ihnen sollen die maßgeblichen „Sprengstoffspuren“ gefunden worden sein, die die Hatz auf Andrea begründen.

Als im Zuge der ersten Hausdurchsuchung verschiedene Beschlüsse aus Karlsruhe auf unseren Tischen landete, haben wir nur ganz zögerlich über alles geredet.
Wir wußten nicht alle, daß Andrea das Steinmetz-Motorrad erworben hatte. Trotzdem gab es erst nach der zweiten Hausdurchsuchung im Dezember das erste Plenum. Wenige Wochen später hatten sich die meisten von uns wieder beruhigt.
Wir warteten ab.
Dann kamen die Ladungen und wir waren mit dem § 55, Aussageverweigerung und Beugehaft beschäftigt. Das Interesse, sich mit dem ganzen Angriff tiefer auseinander zu setzen, blieb bei den meisten von uns oberflächlich. Es waren anstrengende Wochen, in denen wir schon Probleme hatten, den Alltag zu organisieren.

Im Dezember 95 wurde Sven bei einer Grenzkontrolle festgenommen. Im BAW-Beschluß vom 13.12. liest sich das folgendermaßen: „(...) Bei der Durchsuchung seiner Person und Sachen wurden schriftliche Unterlagen, vorallem Briefe gefunden. Die Inaugenscheinnahme ergab, daß die Briefe von Andrea W. stammen. (...)Die Originale wurden wieder an Sven S. ausgehändigt.“
Am nächsten Tag veranlaßte die Bundesanwaltschaft eine erneute Hausdurchsuchung, um „Hinweise zu dem Aufenthaltsort von Andrea W.“ zu gewinnen und ob „Briefe und Notizen Aufschluß geben (können), über die Pläne von Andrea W., den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen“.

Seit diesem Tag wird gegen Andrea ermittelt wegen § 129a („Mitgliedschaft in einer eigenständigen terroristischen Vereinigung“). Die BAW spricht von Hinweisen, daß Andrea sich „in einem Ausbildungslager der PKK“ aufhalten würde und plane, „mit einer Handvoll Leute zurückzukommen“.
Gegen Sven ermittelt die BAW als „Unterstützer“ dieser angeblichen „terroristischen Vereinigung“.
Zu den beiden Verfahren können wir als Fritze nicht mehr sagen.

Der vorläufig letzte Stand:
Nachdem die BAW im Dezember 95 gegen Klaus Steinmetz ein Verfahren wegen Weiterstadt eingeleitet hat, weitet der Staatsschutz die Ermittlungen aus. Seit Anfang Februar gibt es in Wiesbaden 25 BKA-Vorladungen im Weiterstadt-Verfahren gegen „Unbekannt“.

Wir brauchen eure Solidarität auch weiterhin!

Fritze im Februar 1996

aus: *Swing* 76, Feb. 96

Down by Law.

Anfang Januar 96 gab es aus Frankfurt eine Anfrage, ob wir uns vorstellen könnten hier in Wiesbaden, einenTeil an Soliarbeit für die Menschen aus dem Wohnprojekt Fritzlarer Straße, zu übernehmen.
Wir haben mit einem kleinen Kreis von Leuten darüber geredet und sind zu dem Schluß gekommen, daß wir dazu nicht bereit sind. Wir veröffentlichen diese Entscheidung und die Gründe dafür, weil es seit langem die Forderung gibt, daß Wiesbadener Linke sich endlich zu dem ganzen Komplex " Weiterstadtverfahren/ Steinmetz/ Bad Kleinen / Beugehaft etc " verhalten und artikulieren.



Wir unterstützen diese Forderung ! Gleichzeitig stellen wir uns hiermit der Diskussion.

Zu unserem Entschluß zu kommen (keine Soli - Arbeit zu leisten) war keine einfache Sache , weil es teilweise freundschaftliche Verhältnisse zu den Betroffenen gibt.

Darüber hinaus besteht natürlich ein Gefühl von solidarischer Verbundenheit und wir mußten gegen den Reflex - Leute fahren ein, wir machen Anti - Repressionsarbeit, ankämpfen.
Unsere Ablehnung betrifft die aktive Teilnahme an der Schaffung entsprechender Strukturen, bzw. die verbindliche Mitarbeit daran (z.B. Plena ...).



Zur Problematik von Anti - Repressionsarbeit ist schon viel gesagt worden - deshalb nur ganz kurz was zu unserer Position

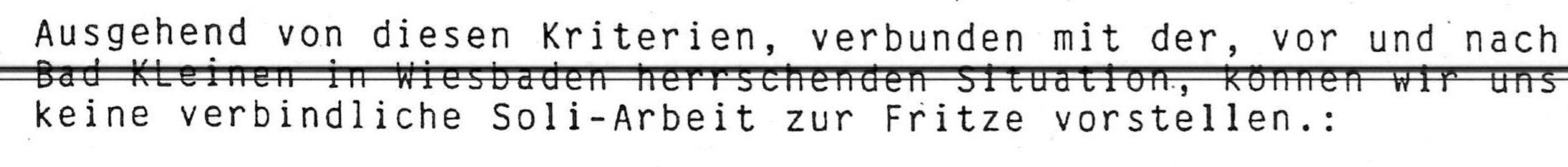
- Anti- Repressionsarbeit ist eine wenig erquickliche Sache,die selten zu Elan, Begeisterung und Selbstbestätigung derer führt die sie organisieren müssen.

- Für eine konstruktive nach vorne weisende politische, kulturelle oder soziale Arbeit bleibt da in der Regel nicht mehr viel Kraft übrig.

- In einer gesellschaftlich isolierten Situation ist es noch schwerer solche Arbeit zu machen, wenn sie über einen reinen sozialen oder Freundschaftsdienst hinausgehen soll. (Briefe schreiben, Geld spenden, Presse anchecken ...).

- Der beste Schutz oder besser , die beste Waffe gegen Kriminalisierung und Repression ist eine starke, ausdrucksfähige und dadurch ansteckende Bewegung.

Ausgehend von diesen Kriterien, verbunden mit der, vor und nach



Bad Kleinen in Wiesbaden herrschenden Situation, können wir uns keine verbindliche Soli-Arbeit zur Fritze vorstellen.:



Zu Wiesbaden :

". Es ist nicht genug zu wissen - man muß es auch anwenden.

Es ist nicht genug zu wollen - man muß es auch tun."

Johann Wolfgang von Goethe

1989/90, mit der Erklärung der RAF zum Hungerstreik, lockerte sich die krasse Abgrenzung zwischen Anti- Imps auf der einen und Autonomen/ AnarchistInnen auf der anderen Seite, merklich. Die von RAF-Gefangenen und Guerilla proklamierte Bereitschaft, mit allen gesellschaftlichen Gruppen diskutieren, zu wollen, traf die eigenen ZUsammenhänge ziemlich unvorbereitet.



Es wurde relativ schnell deutlich, daß zwar wieder alle mit allen reden, von Seiten der Anti-Impszene jedoch keine wirkliche Aufarbeitung der letzten 10- 15 Jahre gewünscht war (u.a. " großes Szene-Plenum in der Helenenstraße).
Bei uns machte sich denn auch relativ schnell das Gefühl breit, eher instrumentalisiert, denn als Menschen mit anderen Wegen ernst genommen zu werden.
Da hatten es Leute mit weniger Fragen, dem Willen die Abgrenzung aufzuheben und " mehr zu wollen " schon einfacher.
Einer davon war der VS- Spitzel Steinmetz.

Nahezu der gesamte Zusammenhang in dem dieser Steinmetz in den Jahren bis Bad Kleinen Genosse gewesen ist und gelebt und gewirkt hat - insbesondere die Anti-Impszene - ist seitdem von der Bildfläche verschwunden und hat sich somit kollektiv der Verantwortung entzogen.

Diverse Anläufe mit dem Debakel - wohlgemerkt für die Linke - von Bad KLeinen und dessen Folgen umzugehen und in eine offene, politisch greifbare Auseinandersetzung zu kommen sind ins Leere gelaufen.
Als bei einer Veranstaltung im Cafe Klatsch (WI) Frankfurter Leute fragten, wo denn das Verhalten der Wiesbadener Zusammenhänge bleibe wurde auch dies von den Angesprochenen mit Schweigen quittiert.

Die einst beste Freundin und Genossin von Spitzel Steinmetz - A.M. - macht sich aus dem Staub, ohne es für nötig zu halten, hier vor Ort mit den Konsequenzen und der Repression umzugehen, die auch sie mitzuverantworten hat.
Stattdessen setzt sie ihre Polit-Karriere in Hamburg fort.
Das sie hierbei objektiv eine ähnliche Geschichte von Brüchen, Unverbindlichkeiten und Ungereimtheiten produziert, wie mensch im Nachhinein bei K.S. " aufdecken " konnte, hat hier in Wiesbaden auch nicht zu größerem öffentlichen Aufhebens geführt.

Mindestens dies alles bildet den brüchigen Untergrund, wenn mensch hier in Wiesbaden in die Bresche springen und Soli-Arbeit machen würde.Wir kämen in die absurde Situation eine Infrastruktur auf bauen zu müssen, um einer eventuell interessierten Öffentlichkeit Hintergründe zu erklären, die nicht unsere sind.
Wir müssten bei Demos und Kundgebungen oder auf Flugblättern Menschen mobilisieren, die Anteil an der jetzigen Situation haben, aber das Heft der Handlung schon längst aus der Hand gegeben haben.

Wir konnten uns des Eindrucks nicht erwehren, daß dies auf reine Dienstleistung hinauslaufen würde oder krasser ausgedrückt auf nacheilende Selbst-Instrumentalisierung.

Schließen wollen wir mit einem Zitat von Rosa Luxemburg in einem Flugblatt aus Saarbrücken, zum Prozeß gegen Ursel Quack (Swing Nr. 75, S. 37/38):

" Was an Taten und Handlungen zur rechten Stunde fehlt, kann nachträglich nicht ersetzt werden."

2 Männer aus dem Cafe Klatsch _ Kollektiv

FAX : 0721/ 159 - 831
TEL : 0721/ 159-0

Wir fänden es prima, wenn ihr euren Protest und eure Meinung erstmal bei dem Bundesrichter Beyer massenhaft los werdet.

AnwältInnen kosten Geld, Knast-Abos auch.
Deshalb bitten wir um Spenden!!!

Spendenkonto:
(E. Bauer)
Stichwort "Fritze"
BfG Frankfurt Bockenheim
Konto-Nr: 3557853901
BLZ 500 101 11

Prozeßinfo zum Prozeß gegen Ömer

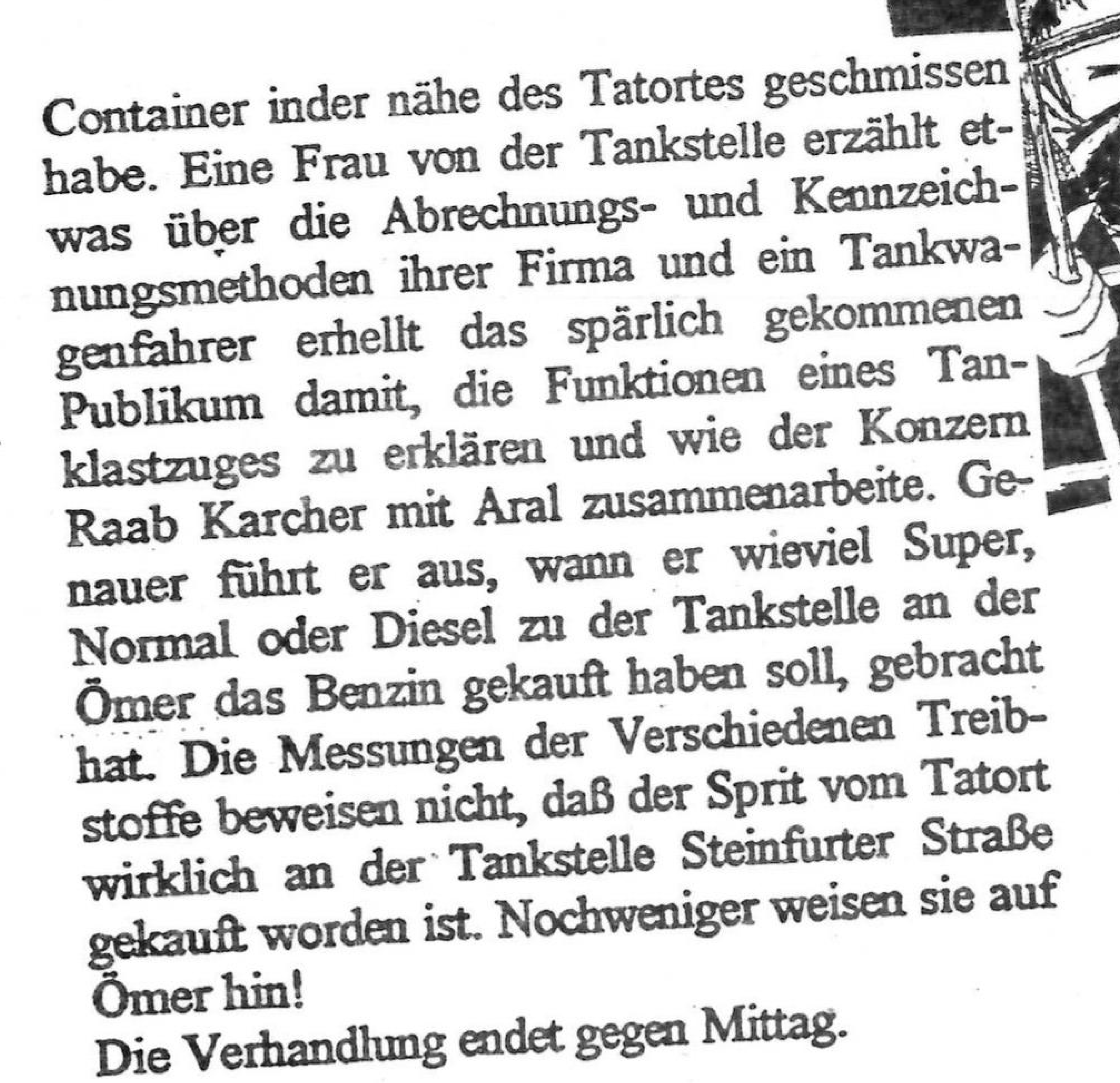
Am Montag, den 22.1.96 begann vor der Großen Strafkammer 2A des Landgerichtes Münster der Prozeß gegen den Kurden Ömer E.. Er wird beschuldigt, in der Nacht vom 18. auf den 19.3.95 einen Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in der Grevener Str. begangen zu haben und ist dafür der "versuchten schweren Brandstiftung" und des "versuchten 12-fachen Mordes" angeklagt. Er sitzt seit 10 Monaten in U-Haft. Aufgrund des Anklagekonstruktes droht ihm eine langjährige Gefängnisstrafe mit anschließender Abschiebung (als "straffällig gewordener Ausländer") in die Türkei ...

Erster Verhandlungstag

Zu Prozeßbeginn am Montag müssen sich die ca. 25 ProzeßbesucherInnen im Angesicht eines größeren Polizeiaufgebotes zunächst einer Leibesvisitation und einer Ausweis- und Taschenkontrolle unterziehen.
Der Prozeß selbst beginnt vor drei RichterInnen und zwei Schöffinnen nach der Verlesung der Anklageschrift damit, daß einer von Ömer E'.s Verteidigern, Thomas Klein, von der Einseitigkeit der Ermittlungen berichtet. Ermittlungen in Richtung auf Versicherungsbetrug oder privater Racheakte haben nicht statt gefunden. Der Haftrichter habe sich bei der Verkündung des Haftbefehls kategorisch geweigert, zwei Alibi-ZeugInnen anzuhören und gegen diese sowie weitere Alibi-ZeugInnen anschließend Ermittlungsverfahren wegen versuchter Strafvereitelung eingeleitet. Es sei das erste Mal, daß er ein solches Vorgehen erlebt habe, sagt Rechtsanwalt Klein.
Im Anschluß schildert Ömer sein bisheriges Leben und die Repressionen gegen ihn und seine Familie durch türkische Sicherheitsorgane: 1988 wird er durch die türkische Polizei verhaftet, weil er die Nationale Befreiungsfront Kurdistans ERNK unterstützt haben soll. Von ihm wird verlangt, andere Personen, u.a. seinen Cousin, der Mitgliedschaft in dieser Organisation zu beschuldigen, was für diese Folter und langjährige Haftstrafen bedeutet hätte. Nach seiner Entlassung flüchtet er zu Verwandten im syrisch-besetzten Teil Kurdistans. Dort erfährt er, daß er weiterhin wegen Unterstützung der ERNK gesucht wird und sein Cousin zwischenzeitlich, wahrscheinlich von Sicherheitsorganen, ermordet worden ist. Sein Heimatdorf wird 1990 von türkischen Spezialeinheiten entvölkert und niedergebrannt- als eines von mittlerweile fast 3000 im türkisch-besetzten Teil Kurdistans. Für kurdische Dorfbewohner gibt es nur die Möglichkeiten, Mitglied der "Dorfschützer"-Miliz der türkischen Armee zu werden, sich der PKK anzuschließen oder zu fliehen. Ömer's Flucht geht 1993 in die BRD weiter. Er hat in Syrien keinen legalen Aufenthaltstatus und muß daher jederzeit mit einer Auslieferung in die Türkei rechnen. In der BRD bekommt er das sog."kleine Asyl" und wird am 22.3.95 wegen des Brandanschlagsvorwurfs verhaftet. Einer seiner Brüder wird 1993 in der Türkei verhaftet und angeblich entlassen. Er taucht nie wieder auf, was eine Ermordung durch die Sicherheitsorgane und das Verschwindenlassen der Leiche bedeutet.
Die folgende Vernehmung von drei Studenten und drei AnwohnerInnen ergibt, daß die Scheibe des Reisebüros eingeworfen wurde und die Studenten sowie einer der Anwohner ein kleines Feuer in der Auslage mit einem Eimer Wasser und einem Feuerlöscher gelöscht haben. Zwei von ihnen sagen aus, daß sie aus ca. 100 Metern Entfernung ein bis zwei fliehende Personen gesehen haben, die sie aber nicht beschreiben können.
Die anschließende Vernehmung von vier Polizisten ergibt, daß das Feuer in der Auslage durch eine Flasche mit "Brandbeschleuniger" verursacht wurde und daß weiter hinten im Reisebüro ein gefüllter Benzinkanister sowie zwei Eisenteile gefunden wurden. Die Ermittlungen übernahm die "Staatsschutzabteilung" der Polizei. Die Tatzeit wird von den zivile Zeugen auf "kurz nach Mitternacht" angegeben. Die Feuewehr gibt den Alarmeingang mit 0.07 Uhr an, die Polizei will um 0.06 Uhr alarmiert worden sein. Außerdem werden den Beamten noch zwei verschiedene Benzinkanister vorgeführt, die sie aber nicht identifizieren können.

Zweiter Verhandlungstag

Die Aussagen der ZeugInnen fördern nicht viel neues oder interessantes zu Tage. Ein Mann identifiziert die Metallplatten, mit denen die Scheibe eingeschlagen wurde, als seinen Schrott, den er in einem leicht zugänglichen



Container inder nähe des Tatortes geschmissen habe. Eine Frau von der Tankstelle erzählt etwas über die Abrechnungs- und Kennzeichnungsmethoden ihrer Firma und ein Tankwagenfahrer erhellt das spärlich gekommenen Publikum damit, die Funktionen eines Tanklastzuges zu erklären und wie der Konzern Raab Karcher mit Aral zusammenarbeite. Genauer führt er aus, wann er wieviel Super, Normal oder Diesel zu der Tankstelle an der Ömer das Benzin gekauft haben soll, gebracht hat. Die Messungen der Verschiedenen Treibstoffe beweisen nicht, daß der Sprit vom Tatort wirklich an der Tankstelle Steinfurter Straße gekauft worden ist. Nochweniger weisen sie auf Ömer hin!
Die Verhandlung endet gegen Mittag.

Dritter Verhandlungstag

Der Prozeß beginnt ca. 25 min später, da die RichterInnen nach einem bestimmten Asservat suchen, welches scheinbar nicht in der richtigen Kiste ist. Erste Panne! Nachdem ihre Suche erfolgreich war, eröffnet der vorsitzende Richter die Verhandlung.
Zunächst erfolgt die obligatorische Rechtsbelehrung, dann wird der Feuerwehreinsatzleiter verhört.
Die vier anwesenden ZuhörerInnen erfahren allerdings wieder fast nichts neues. Ja, das Feuer sei schon gelöscht gewesen, der Kanister wurde von einem Feuerwehrmann aus dem Reisebüro gebracht, das ausgelaufene Benzin mit einem Bindemittel besprüht. Das weitaus interessanteste an der Aussage ist, zu erfahren, daß der Zeuge nur mit Einwilligung des Oberstadtdirektors sprechen darf. Theoretisch könnten also Beamte von ihren Vorgesetzten daran gehindet werden eine Aussage zu machen.
Danach werden vier Bullen verhört, die an den Ermittlungen gegen Ömer beteiligt waren.
Ein Herr namens Hömme sagt aus, daß sein Kollege Hörmeyer ihnen bereits bei der Dienstbesprechung nach dem Anschlag gesagt habe, daß die Ermittlungen Richtung Salzmannstraße (Ömers Wohnung) geführt würden. Warum ? Das weiß Hr. Hömme nicht. Er habe dann auch hauptsächlich Videobänder und Kassenquittungen von der Tankstelle Steinfurterstraße beschlagnahmt und ausgewertet. Dabei sei festgestellt worden, daß an dem betreffenden Samstag insgesamt drei Menokanister verkauft worden seien. Bei der Videoauswertung habe man aber nur nach Ömer geschaut.

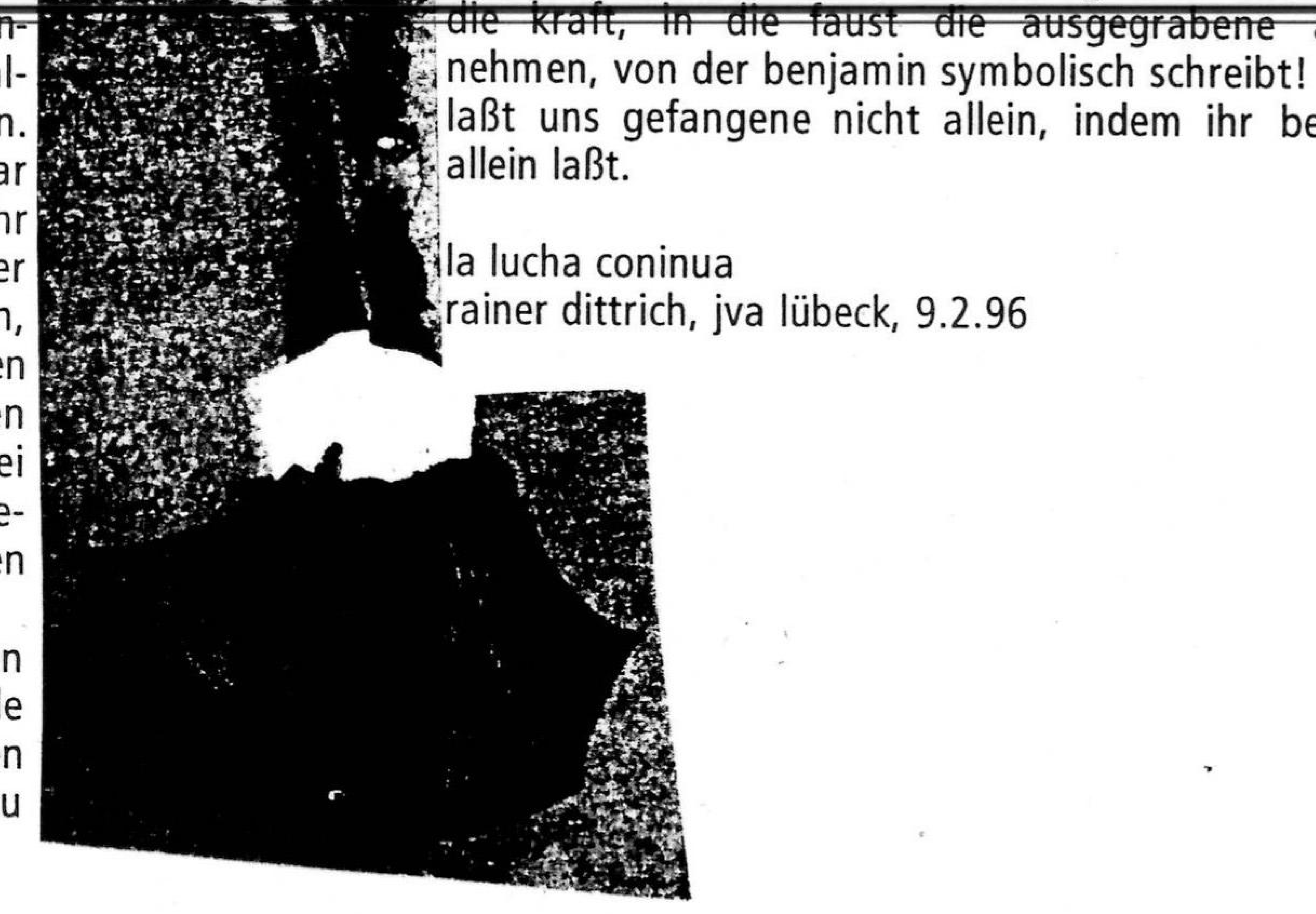
Als zweite Panne dieses Tages stellt sich heraus, daß die Photos von den Videobändern die Ömer zeigen nicht in der Lichtbildmappe sind. Die Polizisten können aber „noch welche aus dem Polizeirevier holen lassen". Hömme kann sich scheinbar auch nicht mehr genau an das Verhör des Tankwartes erinnern, der mehrere Personen erkannt hat, die Kanister gekauft haben könnten. Er spricht nurnoch von Ömer.
Während der Hausdurchsuchung bei Ömer hat er eine Küchenrolle und nach dem Durchwühlen irgendwelcher Mülltonnen auf dem Hof auch noch einen kaputten Socken beschlagnahmt. Beim LKA wurde dieser Socken aber so weit zerstört, daß der Beamte ihn nicht wiedererkennen kann. In Ömers Zimmer habe er dann noch eine Tupperdose mit einer ARGK-Flagge drin gefunden.
Der nächste interessante Beamte, ein Janke, gibt zu Protokoll, daß er eigentlich nur zur Sicherung der Durchsuchung mitgekommen sei, beim Rumstöbern in Ömers Zimmer aber den Videorkorder angestellt und dort ein Video von Öcarlan (Generalsekretär der PKK) gefunden habe.
Als dritter Bulle wird Hr. Stamm gehört, der zur Außensicherung bei der Durchsuchung dabeigewesen sei, aber ein bißchen in einem Schuppen rumgeschnüffelt habe. Erst später habe er erfahren, daß der Schuppen dem benachbart wohnenden Vermieter gehöre.

Endlich wird es etwas spannender: Hörmeyer darf sprechen.
Auftritt Hörmeyer: ca. 35 Jahre, dunkelbraune Haare, kaum Hals, dafür fettes, rötliches Gesicht.
Hörmeyer war Oberbulle in Münster und hat in den ersten Woche die Ermittlungen geleitet. Jetzt ist er nach Düsseldorf zum Staatsschutz versetzt. Sein Nachfolger heißt übrigens Kamps.
Er sagt aus, daß ihm der Kanister bekannt vorgekommen sei, da er schon vor einigen Jahren bei einem ähnlichen Delikt auf einen Menokanister ohne Einfüllstutzen gestoßen sei. Zunächst seien sie dann auch zum damaligen Attentäter gefahren, hätten ihn aber nicht angetroffen. Da Ömer in dem damaligen Verfahren als Zeuge vernommen wurde und er die Attentäteriche kannte, hätten sie auch Ömer „besucht", um nach dem Verbleib des Gesuchten zu fragen. Erfahren haben sie aber nix. Bei der Videoauswertung der Tankstellen-Videos habe er dann Ömer erkannt und nun in Richtung Ömer weiter ermittelt. Er beschreibt dann noch den

haben wir noch die kraft, die axt auszugraben?

dringender brief zu benjamin ramos vega

in seinem brief vom 28.1.96 schreibt benjamin: "ich werde widerstand leisten und habe kraft und energie, um die axt auszugraben."
dann kündigt er an, daß er seinen kampf das nächste mal um das verweigern von wasser erweitert, wenn er wiederum gezwungen sein sollte, die letzte aller maßnahmen zu ergreifen, die einem/einer gefangenen zur verfügung steht.
hier sind wir an dem punkt, an dem sich für alle die frage stellt, ob wir überhaupt noch in der lage sind, deutlich zeichen an die regierenden auszusenden, die ein überdenken ihrer handlungen herbeiführen. bei der schwachen mobilisierung zu benjamin scheit die antwort auf diese frage klar zu sein, - und sie lautet: **nein** !
es bleibt wie immer alles auf den schwachen schultern der wenigen unterstützerInnen und der anwältInnen liegen, und der rest von euch dort draußen meldet sich, natürlich mit `betroffenheit´, aus der geschichte ab.
was ist los mit euch? habt ihr vergessen, daß das aufgeben der kämpfe um **einen** genossen und um **eine** genossin immer auch das aufgeben der kämpfe um **alle** genossInnen ist? ja, das aufgeben der käümpfe überhaupt?
unterlaßt ihr es, die kräfte in den auseinandersetzungen mit dem staat an der gefangenenfrage zu messen, weil ihr euch davor fürchtet, zweiter sieger zu sein, oder was?
uns hinter den kerkermauern ist die handlungspalette doch in einer weise eingeschränkt worden, daß **ihr** eben diese kluft überbrücken müßt. ihr analysiert und beschreibt auf hunderten von seiten papier politische zustände und wagt euch nicht mehr aus der sicheren deckung heraus.
die rückschläge, die unsere sache mit dem niedergang der sozialistischen staatengemeinschaft hat hinnehmen müssen, werden bei weitem nicht so folgenreich sein, wie eure mutlosigkeit, eure resignationen und der verlust von willen zur veränderung bestehender gegebenheiten. die niederlage, von der die herrschenden immerfort reden, die fügt ihr euch selber zu.
von nunmehr genau einem jahr wurde benjamin eingekerkert und die `befragungsexperten´ des kohlfreundes gonzales warten schon sehnsüchtig auf ihn.
ist eure kraft dermaßen verbraucht, daß über ein paar bekundungen der solidarität hinaus nichts mehr `rüberkommt? als in hamburg zum beispiel, kinder beim spielen auf der straße von lkw's überrollt wurden, weil die fahrer von ihren speditionen unter tödlichen zeitdrick gesetzt wurden, da standen die menschen auf und brachten den verkehr zum erliegen. bei anderen anlässen und zu anderen gelegenheiten besetzten menschen behörden und blockierten den ´normalen´ fluß des alltäglichen geschehens.
was st mit euch, ihr genossInnen aus den autonomen zusammenhängen in der ganzen brd? so viele zeitungsprojekte mit so vielen leserInnen, ein haufen info-läden und cafe's, so eine menge plenen zu diesem und jenem, - und wenigstens **einmal** ein



wirklich einheitliches und kämpferisches auftreten bleibt trotzdem fehlanzeige. es sind immer wieder die gleichen menschen, die sich auch hier zu benjamin in den kämpfen verschleißen und von der mehrheit da draußen keine hilfe bekommen.
nehmt zueinander kontakt auf, schließt euch kurz und bildet themenbezogen und auf zeit einen aktionsrat, der über alle abspaltungen, fraktionierungen und bestehende differenzen hinaus eine faust bildet, mit der ihr der solidarität wieder den charakter einer wirlichen waffe gebt, um mit der ihr **praktischen** druck auf die verantwortlichen ausüben könnt.
wieviele genossInnen sollen noch verschwinden, erschlagen werden, `selbstmord`begehen, an den ihnen zugefügten krankheiten und verletzungen verrecken, bis diese miese sektiererei unter euch aufhört?
ich rufe euch alle dringend auf, alles beiseite zu legen, was euch so `überlebenswichtig` in den debatten erscheint und benjamin in eure mitte zu nehmen, um sein überleben als mensch und als genosse zu gewährleisten! kommt hinter den schmalen schultern der wenigen endlich hervor und reiht euch ein.
gesund und am leben wurden unsere genossInnen von den bütteln aus unserer mitte gerissen und verschleppt, - und gesund und am leben wollen wir unsere lieben wiederhaben!!
vertraut nicht den deutschen richtern, sie sind nur der erfüllungsgehilfe ihrer herren. versuchen wir **gemeinsam** am beispiel benjamins deutlich zu machen, daß uns das leben und die gesundheit, daß uns die freiheit unserer lieben hinter den gittern **nicht** gleichgültig ist und wir durchaus in der lage sind, wenn es notwendig ist, mit **einer** zunge zu reden und die kämpfe auch hart zu führen!
wartet nicht ab, bis ein weiterer genosse nur noch durch ehrendes gedenken unter uns ist. übernehmt **verantwortung** für das leben von benjamin, - zusammen mit uns gefangenen.
benjamin schreibt am ende seines briefes: "aber ich soll mich ohne widerstand ergeben."
lassen wir es nicht zu, ihr lieben dort draußen, lassen wir unsere worte und unser handeln endlich **so** laut werden, daß es den verantwortlichen in politik und justiz in ihren ohren dröhnt!
ein gefangener genosse schrieb mir, daß es keinen sinn mehr macht, zu versuchen, euch zu mobilisieren, daß ein zusammengehen und ein hartes kämpfen für eine bestimmte sache in dieser zeit nicht möglich sei, - nun denn, sollte das zutreffen, dann haben wir verloren, dann hat uns die niederlage erreicht! aber, solange das **nicht** zutrifft, solange können wir erfolgreich die faust heben, - und solange haben wir auch die kraft, in die faust die ausgegrabene axt zu nehmen, von der benjamin symbolisch schreibt!
laßt uns gefangene nicht allein, indem ihr benjamin allein laßt.

la lucha coninua
rainer dittrich, jva lübeck, 9.2.96

Dies genügte der Polizei, um auch seine Wohnung zu durchsuchen und ihn mehrere Stunden festzuhalten. Warum er als Zeuge vernommen wird ist unklar, da er am Samstag nur kurze Zeit (bis 20.00Uhr) mit Ömer in dessen Wohnung zusammen war und dann nach Hause fuhr.
Danach werden Sachverständige gehört.
Ein Biologe des LKA erklärt, daß eine DNA Analyse mit Spuren aus der Lunte nicht mit Ömer übereistimme, die Handschuhe ,die beschlagnahmt wurden, gar keine verwertbaren Spuren aufwiesen. Zwei Spritexperten, einer vom LKA und ein Profi von Aral erklären, daß das Benzin nicht klar zuordbar sei, bzw. nicht alle Benzinspuren deutlich genug seien, um sie einer bestimmte Münsteraner Tankstelle zuordnen zu können. Interessant ist, daß das restliche Benzin aus dem Kanister im Reisebüro nicht einmal mehr der Firma Aral zugeordnet werden kann.

Fünfter Verhandlungstag

Nach diesem Tag muß allen Beteiligten klar sein, daß Ömer auf keinen Fall den Brandanschlag begangen haben kann. Fünf ZeugInnen schildern glaubhaft, daß Ömer wenige Minuten vor Mitternacht in die Wohnung eines Nachbarn kam, wo alle zusammen saßen. Den Zeitpunkt können alle sehr eng eingrenzen, da sie gerade eine TV-Sendung zuende geschaut hatten, als Ömer in der Wohnung erschien.
Auch Fragen nach dem Inhalt der Sendung können alle beantworten.
Das genaue Ende der Sendung, kurz vor Mitternacht, hatte am dritten Verhandlungstag bereits eine Mittarbeiterin des Senders VOX bestätigt. Die ZeugInnen haben dann noch ca. eine halbe Stunde zusammen-gesessen, bevor sie nacheinander nach Hause gegangen sind.. Der Mieter der Wohnung kann sich besonders genau an den Abend erinnern, weil es das erste Mal gewesen sei, daß Ömer zu ihm in die Wohnung kam. Eine Besonderheit an diesem Verhandlungstag ist, daß sich einer der Rechtsanwälte, Herr Budde, sich kurz von seiner Schweigepflicht entbinden läßt, um glaubhaft zu versichern, daß sich die ZeugInnen mit ehrlicher Entrüstung an ihn gewandt hätten, als sie von Ömers Festnahme hörten. Alle waren sich darin einig, daß er zur Tatzeit bei ihnen gewesen sei, was durch den bekannten Sendeschluß sehr glaubhaft bestätigt wird.
Kurz vor Ende der Verhandlung zieht sich das Gericht zu einer Beratung zurück, die damit endet, daß sie einen weiteren Vorwurf in die Anklageschrift aufnehmen - Tatbeteiligung. Möglicherweise haben die ZeugInnenaussagen etwas bewirkt, das Gericht aber nicht von der Unschuld Ömers überzeugen können.

Sechster Verhandlungstag

Drei weitere Alibizeugen. Sie bestätigen die Aussagen vom Vortag und werden nach kurzer Befragung entlassen.
Eine weitere (kurdische) Zeugin ist vernehmungsunfähig. Die Ursache hierfür wird nicht laut genannt. Sie war von der Polizei im Zusammenhang mit dem Brandanschlag fünf Stunden verhört worden.
Als sie sagte, sie habe ein Nierenleiden und könne nicht weiter vernommen werden, wurde sie als Simulantin beschimpft. Nach dem Verhör mußte sie ins Krankenhaus gebracht werden. Dort wurde sie am anderen Tag von den Polizisten erneut verhört.
Nun hat sich ihr Nierenleiden so verschlechtert, daß sie nicht aussagen kann.

Ömer hat während der spärlichen Besuchszeit im Münsteraner Knast den Wunsch geäußert, daß er vor allem in den letzten Prozeßtagen nicht alleine gelassen werden will!
Die Verhandlungen sind öffentlich, so daß man den Verhandlungssaal im Parterre des Landgerichts am Hindenburgplatz ab 9 Uhr während des Prozesses jederzeit betreten kann. Einzige Hürde für die dringend erhoffte Beobachtung ist die Notwendigkeit, sich ausweisen zu können.
Es wäre schön, wenn viele Leute kämen.

Prozeßtermine:
Montag 4.3.; Mittwoch 13.3.; Donnerstag 14.3.; Montag 18.3.; Mittwoch 20.3.; Donnerstag 21.3.

Spendenaufruf:
Ömer ist nicht der einzige Kurde oder Deutsche der/die wegen seiner/ihrer politischen Einstellung (zu Kurdistan) vor Gericht steht. Für Prozeß und Anwaltskosten bitten wir um Spenden auf das Konto Schwarz Rote Hilfe e.V: KontoNr.282052468; BLZ 44010046; Postgiroamt Dortmund Verwnedungszweck: "Ömer"

Infos unter: Tel. 799081 Di 18h-20h; Do 19h-23h im Infoladen Bankrott, Dahlweg 64

Weg zur Durchsuchung der Wohnung, das Verhör von Ömers Mitbewohnerin und des in Ömers Bett festgestellten Besuchs, der solange als Schuldiger herhalten mußte bis sie endlich auch Ömer erwischten, ihn zur Wache schleppten und nach einem stundenlangen Verhör als dringend Tatverdächtig festnahmen.

Dies ist also der Grund, warum Ömer seit 10 Monaten im Gefängniss sitzt:
Bei dem Brandanschlag wurde ein **Benzinkanister** sichergestellt.
An einer **Tankstelle** an der solche **Kanister** verkauft werden, wurden die **Videobänder** eines Tages kontrolliert.
Einer von drei Leuten, die an diesem Tag so einen Kanister kauften war ein Kurde!
Dies genügte für die bewaffnete Durchsuchung seiner Wohnung und reichte aus, ihn für 10 Monate ins Gefängnis zu bringen, trotz festen Wohnsitzes, Einkommens und sozialen Bindungen.

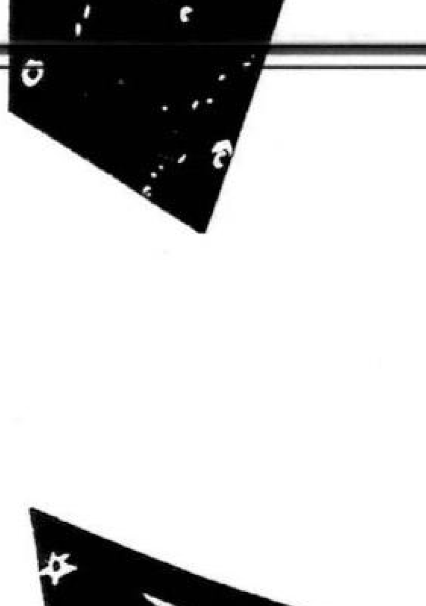
Was mich am meisten beeindruckte, war die Art und Weise, wie die Polizisten sich teilweise, um Fragen von Anwalt und Richter herumdrückten.
Ob sie Ömer vorgeschlagen hätten, als Informant für sie zu arbeiten?
Ob das Verhör ausschließlich per Dolmetscher oder auch auf Deutsch stattfand?
Wie das Vernehmungsprotokoll zustande gekommen sei?



Warum sie sich weder um die beiden anderen Käufer von Benzinkanistern noch um den ursprünglichen Tatverdächtigen gekümmert hätten?
- "Kann mich nicht erinnern," "glaube nicht", "nicht in meiner Gegenwart", "so etwas passiert im allgemeinen nicht".
Ein klares Ja oder Nein gab es dazu nicht.

Deutlich wird, daß das Verhör von Ömer sowohl mit Dolmetscher als auch auf Deutsch stattfand,. daß das Vernehmungsprotokoll abschnittsweise vorformuliert wurde - was beides den Wert des Protokolls mindert - und daß sich die Ermittlungsbeamten nur um "Spuren" kümmerten, die zu Ömer führten. Bleibt die Frage, warum sie das taten.
Allein Ausländerfeindlichkeit und Korpsgeist (vgl. ai-Bericht) reichen zur Begründung nicht aus.
Ursache für ihr Verhalten ist die politisch motivierte Vorverurteilung der KurdInnen in unserer Gesellschaft. Alles was kurdisch ist oder mit Kurdistan zu tun hat, ist Dank des staatlichen PKK-Verbots verdächtig.

Als nächster Zeuge wird der Kurde vernommen, den Ömer am fraglichen Samstag beim Essen kennengelernt, und der ihn nach hause gefahren hat. Unterwegs bleibt der Wagen liegen, Ömer kauft einen Benzinkanister.
Es ist mitlerweile schon recht spät und die Luft im Raum nicht die beste.
Die Vernehmung ist anstrengend, weil der Zeuge kein deutsch spricht und alles übersetzt werden muß.
An einigen Stellen macht er unklare, konfuse Äußerungen; es geht um Widersprüche zwischen seiner und Ömers Aussage und dem Vernehmungsprotokoll:
Die genaue Strecke, die sie zusammen gefahren sind, wo genau er sein Auto geparkt habe, ob sie, als es liegenblieb zum Schieben ausgestiegen sein, wer das Esssen bezahlt habe u.a.
Gegen 18.00 Uhr wird die Verhandlung abgebrochen, der Zeuge aber nicht entlassen.
Er wird am fünften Verhandlungstag noch einmal gehört, und kann seine Aussage präzisieren.



Vierter Verhandlungstag

Am vierten Verhandlungstag wird ein weiterer Kurde als Zeuge vernommen. Es handelt sich um den Mann, der bei der Hausdurchsuchung einige Tage nach dem Brandanschlag bei Ömer übernachtete.



Mumia Abu-Jamal legt Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania ein

Am 9. Februar legten die Rechtsanwälte von Mumia Abu-Jamal, der als politischer Gefangener in der Todeszelle sitzt, in seinem Namen Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania in Philadelphia ein. In der 119 Seiten langen Berufungsschrift werden 26 verfassungs- und verfahrensmäßige Fehler dokumentiert und Richter Sabos Ablehnung von Jamals Petition für ein neues Verfahren nach Pennsylvanias Post Conviction Relief Act (PCRA, Gesetz über Wiederaufnahme des Verfahrens) vom 15. September 1995 angefochten.

Jamal, früheres Führungsmitglied der Black Panther Party, MOVE-Unterstützer, preisgekrönter Journalist und mutiger Fürsprecher für die Unterdrückten, war zu Unrecht für die Tötung des Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia im Jahre 1981 schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden. Den Vorsitz über diesen abgekarteten Prozeß hatte Richter Albert Sabo, ein berüchtigter „Henker-Richter", der mehr Menschen zum Tode verurteilt hat, als jeder andere amtierende Richter in den USA (insgesamt 32, wovon alle außer zweien Minderheiten angehörten, die aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert werden).

Auf einer gutbesuchten Pressekonferenz, die nach Einreichung der Berufung stattfand, erklärte Jamals Hauptverteidiger Leonard Weinglass, daß „diese Papiere zeigen, daß Mumia niemals ein Verfahren hatte, das diesen Namen verdient. In diesen Unterlagen führen wir sehr sorgfältig aus, was sich bei seinem Verfahren ereignete, die Fakten über das, was bei der PCR-Anhörung letzten Sommer unter Richter Sabo geschah... Die Schlußfolgerung ist unausweichlich: Mumia Abu-Jamal braucht ein neues Verfahren." Auf der Pressekonferenz sprachen auch Rachel Wolkenstein, ebenfalls eine Verteidigerin von Mumia und Rechtsanwältin des Partisan Defense Committee, Karl Baker von der American Civil Liberties Union (ACLU), Pam Africa von den International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und Mumias Sohn Jamal.

Die PCRA-Anhörung begann vor Sabos Gericht am 26. Juli 1995, nur drei Wochen vor der angesetzten Hinrichtung von Jamal am 17. August. Dank der immer größer werdenden Publizität und dem internationalen Protestaufschrei wurde am 7. August ein Aufschub der Hinrichtung gewährt. Für Millionen rund um die Welt wurde Mumias Sache zur scharfen Waffe im Kampf gegen die barbarische, rassistische Todesstrafe.

Das Berufungsgesuch beschreibt, wie Sabo „seine Voreingenommenheit so offen und notorisch" durch die ganzen PCRA-Anhörungen zeigte, „daß sie zum Gegenstand eines öffentlichen Skandals wurde":

> „Richter Sabo hetzte durch die Verhandlungen, um Jamals Bemühungen zu erschweren, alle Beweise vorzulegen, die sein verfassungsmäßiges Klagebegehren unterstützten. Wiederholt und ohne Berechtigung maßregelte der Richter Jamals Verteidiger, drohte routinemäßig mit Ordnungsstrafen, kerkerte schließlich eine Verteidigerin ein und belegte einen anderen Verteidiger mit einer Geldstrafe. Er unterdrückte auf Wunsch des Staates Vorladungen, die von den Verteidigern beantragt wurden... Praktisch jeder Einwand der Verteidigung wurde verworfen und jeder Einwand des Staates aufrechterhalten — Logik, Folgerichtigkeit und die Regeln der Beweisführung hatten keinerlei Bedeutung."

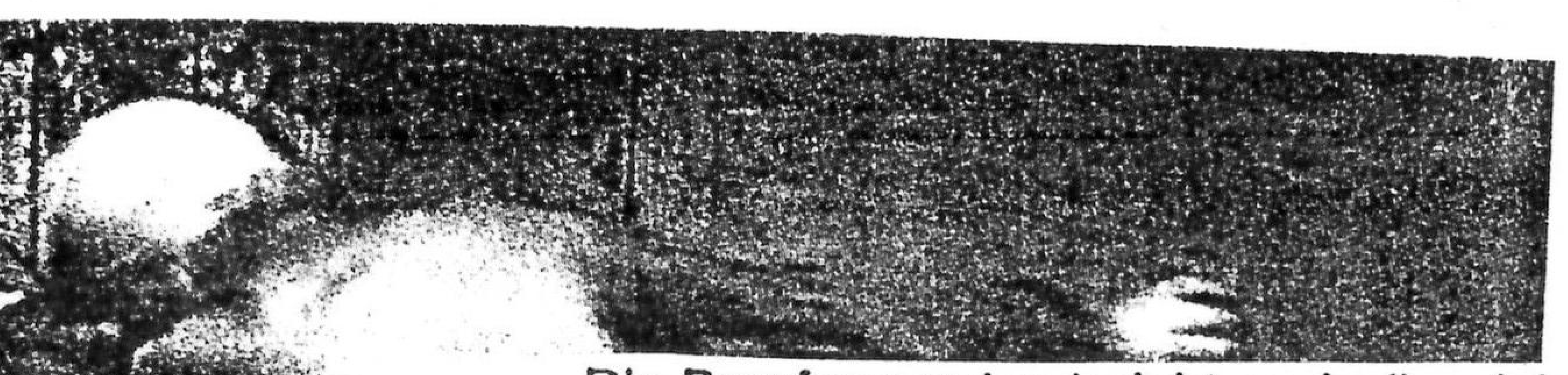
Das Berufungsgesuch weist auf „die Treue des Gerichts gegenüber der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft)" hin, wo Sabo, der 16 Jahre Hilfssheriff war, pensioniertes Mitglied ist, und stellt fest: „Das Gericht erlaubte dienstfreien FOP-Mitgliedern nicht nur im Gerichtssaal mit geladenen Waffen zu erscheinen, sondern ermutigte sie sogar dazu, mit der Begründung, daß die FOP ‚hier ist, um mich zu beschützen'." Außerdem war Sabos „Sympathie für die Staatsanwaltschaft nur die andere Seite derselben Medaille":

> „In der Tat, seine Verbundenheit mit der Staatsanwaltschaft gipfelte in seiner 154 Seiten langen Entscheidung, die er schon drei Tage, nachdem er die Voruntersuchung an sich gezogen hatte, veröffentlichte. Genauso wie das Gericht im Laufe der ausgedehnten Anhörung jedem Antrag der Staatsanwaltschaft zustimmte, übernahm das Gericht praktisch wortgetreu die vorgeschlagenen Tatsachenfeststellungen und Schlußfolgerungen des Staates."

Wie Weinglass am 9. Februar gegenüber der Presse sagte, „Wenn das System gerecht und ehrlich wäre, wäre Richter Sabo kein amtierender Richter."

Das Berufungsgesuch räumt auf mit dem „Geständnis", das angeblich von Jamal gemacht wurde und ein zentrales Argument bei dem Komplott des Staates war. Die Zeugenaussage des Polizeibeamten Gary Wakshul während der PCR-Anhörung entlarvt diese Machenschaft. Wakshul war mit der Bewachung Jamals vom Zeitpunkt seiner Verhaftung bis zu seiner Behandlung im Krankenhaus wegen der gefährlichen Verletzung durch eine von Faulkner abgefeuerte Kugel beauftragt, und gleich danach berichtete er den Beamten der Mordkommission, daß Jamal „nichts gesagt habe". Die Geschichte von Jamals „Geständnis", anfangs nirgendwo vermerkt, wurde erst 64 Tage später aufgebracht, nach einem Vorbereitungstreffen mit den betroffenen Polizeibeamten am „Runden Tisch", durchgeführt von Staatsanwalt Joseph McGill. Zu Wakshuls Zeugenaussage wird in der Berufungsschrift beschrieben, daß die Polizeibeamten aufgefordert wurden, „ihre Hand zu heben, wenn sie gehört haben", daß Jamal gestanden hat; „und Wakshul meldete sich" — ein klarer Widerspruch zu seinem früheren schriftlichen Bericht.

Während des „Verfahrens" 1982 behauptete die Anklage, daß Wakshul im Urlaub war und für eine Befragung nicht zur Verfügung stand. In der PCRA-Anhörung sagte Wakshul aus, daß er sehr wohl in Philadelphia geblieben und „nicht weggegangen war". Er sagte, daß er damit „einer Bitte nachkam, solange zu bleiben, wie Gerichtsverfahren laufen". Die Wichtigkeit von Wakshuls Aussage wird im Berufungsgesuch beschrieben: „Sein wahrer Wert als Zeuge beruhte darauf, was er den Geschworenen über die Redlichkeit der Staatsanwaltschaft als solcher offenbart hätte. Indem die Verteidigung aufzeigte, wie die Gesetzeshüter vorsätzlich Aussagen über ein Geständnis fabrizierten, um eine Verurteilung sicherzustellen, wollte sie ihre Feststellung untermauern, daß die Gesetzeshüter Augenzeugen überredeten und unter Druck setzten und die Indizienprüfung verfälschten."



Die Berufung unterstreicht auch die wichtige PCRA-Aussage von William Singletary, der jemand anderen als Mumia Faulkner niederschießen und danach vom Tatort fliehen sah. Die Bullen, die ihn sofort nach der Schießerei vernahmen, zerrissen wiederholt seine Aussagen, daß der geflohene Mann und nicht Jamal der Schütze war. Stunden später unterzeichnete Singeltary unter Drohungen von physischer Gewalt eine falsche Aussage, diktiert von einem Beamten namens Green, wo behauptet wurde, daß er die Schießerei nicht gesehen habe. Angesichts penetranter Belästigungen durch die Polizei und verdächtigem Vandalismus gegen die Tankstelle, die ihm gehörte, floh Singletary aus Philadelphia. Seine Zeugenaussage demonstrierte, wie die Staatsanwaltschaft Beweise von Jamals Unschuld unterdrückt hatte, was an sich schon Grund genug sein sollte, einen Schuldspruch unwirksam werden zu lassen — aber nicht in Sabos manipuliertem Gericht.

Gleichermaßen hebt das Berufungsgesuch hervor, daß die ballistischen Tests der Polizei und der Autopsiebericht verdächtig unvollständig waren. Hätte Jamal im Verfahren Gutachter bestellen können, würden diese festgestellt haben, daß es einfach keine ballistische Verbindung zwischen Jamals 38er Revolver und der Schießerei gab. Ein wichtiges Kugelfragment, notwendig zur akkuraten Feststellung des Kalibers des tödlichen Geschosses, wurde zerstört oder verschwand. Der medizinische Sachverständige stellte fest, daß der Bulle mit einer 44er Kugel erschossen wurde.

Eine andere Schlüsselkomponente der Berufung ist der Nachweis der totalen Inkompetenz von Jamals Pflichtverteidiger 1982, wodurch Jamals verfassungsmäßiges Recht auf eine juristische Vertretung verletzt wurde. Die Berufungsunterlagen beinhalten ebenfalls Aussagen von vielen anderen Zeugen, die Jamals Unschuld hätten bezeugen können. Diese Zeugen wurden aber entweder dem Pflichtverteidiger verschwiegen, durch Einschüchterung zum Schweigen oder durch Begünstigungen von der Staatsanwaltschaft dazu gebracht, ihre Augenzeugenberichte zu ändern.

Wie Rachel Wolkenstein auf der Pressekonferenz sagte: „Wir vertreten einen unschuldigen Mann, der seine Unschuld von Anfang an beteuert hat, der einem politisch motivierten und mit rassistischen Vorurteilen behafteten Verfahren ausgesetzt war, im ersten Prozeß, wie auch bei der Anhörung im letzten Sommer." Sie setzte fort: „Mumia hat ein Recht auf Freiheit." Am 9. Februar eingereichte Unterlagen („friend of the court" brief) der Philadelphia Ortsgruppe der ACLU, der National Conference of Black Lawyers und der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) unterstreichen machtvoll, daß Jamal aus politischen Gründen in die Todeszelle geschickt wurde. Karl Baker erläuterte die Grundlage dieser Unterlagen und griff die Tatsache an, daß der Staatsanwalt während der Urteilsanhörung 1982 ein Statement gegen Jamal verwendet hat, das dieser 12 Jahre davor als Sprecher der Black Panther geschrieben hatte: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen".

Baker stellte fest: „Dieser Ausspruch stand in Zusammenhang damit, daß in den beiden Jahren davor 28 Mitglieder der Black Panther Party getötet und gerade einen Monat davor Fred Hampton und Mark Clark, die Führer der Chicagoer Ortsgruppe, ermordet wurden... als die Polizei morgens um 4 Uhr 30 einbrach, über 90 Schüsse abgab und die beiden im Schlaf erschoß." Das meinte Mumia, fügte Baker hinzu, „als er sagte: ‚Wir wissen sehr wohl durch den Tod vieler unserer Mitglieder, daß die politische Macht in Amerika aus den Gewehrläufen kommt.' Und dies umzudrehen und gegen ihn zu verwenden und zu sagen, dies sei ein Grund, ihn in den Tod zu schicken, ist das zynischste und manipulierendste Unterfangen der Staatsanwaltschaft. Und das alleine sollte Grund genug sein, das Todesurteil aufzuheben."

Jamal gewinnt immer mehr Unterstützung in seinem Kampf gegen die rassistische Todesstrafe. Jamal setzt sich aus der Todeszelle nicht nur in Wort und Schrift für Gerechtigkeit für die Unterdrückten ein, sondern er erhielt am 21. Januar seinen wohlverdienten Hochschulabschluß in Psychologie am Goddard College. Sein Buch, „*Mumia Abu-Jamal, ... aus der Todeszelle*" (Agipa-Press, Bremen, 1995), das bereits geholfen hat, weltweit Unterstützung ins Leben zu rufen, wurde schon in mindestens fünf Sprachen übersetzt und wird in den USA auch als Paperback herausgebracht.

Gene Herson vom PDC führte aus: „Beginnend mit der 800 Seiten dicken FBI-Akte über Jamal aus seiner Zeit als Black-Panther-Aktivist, über die Verurteilung und den Urteilsspruch 1982, bis hin zu der Posse in Sabos Gerichtssaal 13 Jahre später: Illusionen über ‚Fairneß' oder ‚Unparteilichkeit' des rassistischen kapitalistischen ‚Rechts'systems sind fehl am Platz. Der Kampf für Mumias Freiheit — und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe — muß innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals fortgesetzt werden. Vor allem aber müssen wir danach trachten, die integrierte Arbeiterbewegung für die Verteidigung Mumias zu mobilisieren, als Teil des Kampfes gegen das ganze System der rassistischen, arbeiterfeindlichen Unterdrückung."

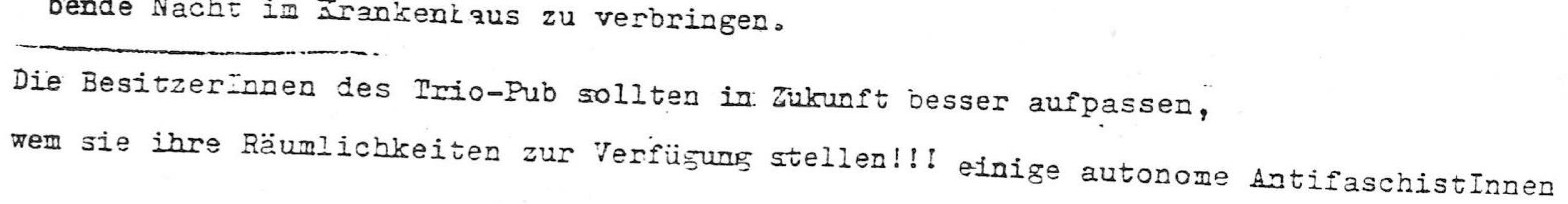
KfsV

Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).

... hi hi hi

ANTIFASCHISTISCHE GEBURTSTAGSGRÜSSE

Wir haben in der Nacht vom 17./18. Februar die Geburtstagsfeier des NF-Faschos HEIKO BLUMENSCHEIN aus Bensheim, Im Eulich 2, angegriffen. Die Feier fand im Trio-Pub in Heppenheim-Kirchhausen (südhessische Bergstraße) mit 30-40 Nazi-Skin-Gästen aus Darmstadt, Heppenheim, Heidelberg, Mainz, Aschaffenburg und von der südl. Weinstraße statt. Als wir unsere antifaschistischen Geburtstagsgeschenke überreichten, gingen die Scheiben von 4 Fascho-PKWs und der Kneipe zu Bruch, außerdem lüfteten wir die Kneipe mit CS-Gas durch. Einige Faschos konnten wir noch davon überzeugen, die verbleibende Nacht im Krankenhaus zu verbringen.



Die BesitzerInnen des Trio-Pub sollten in Zukunft besser aufpassen, wem sie ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen!!! einige autonome AntifaschistInnen

KUNST GEGEN DEN TOD

'International Political Prisoners Unite to Save Mumia Abu-Jamal: Kunst und Schriften gegen die Todesstrafe' ist eine einzigartige Wanderausstellung von visueller und geschriebener Kunst, geschaffen von politischen Gefangenen weltweit. Dieses neuartige Projekt wurde in den USA gestartet, von politischen Gefangenen in Solidarität von Gefangenen zu einem Gefangenen, um mitzuhelfen, dass Leben des afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu retten, der in Philadelphia in der Todeszelle sitzt. Sie entstand zu einer Zeit, in der die die Ausweitung der Todesstrafe ständig präsent ist; in der die Zahl der Inhaftierten in den USA die Millionengrenze ueberstiegen hat; in der es ueber 100 politische Gefangene in den USA, und Tausende weltweit, gibt; und in der dieses Projekt und alle anderen Anstrengungen nötig sind, um Mumia zu retten.

Über 125 politische Gefangene aus den USA, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Irland, Dänemark, Italien, Chile und Peru haben sich dem Projekt angeschlossen und eine grosse Bandbreite von Kunstarbeiten beigesteuert: Gedichte, Schauspiele und Prosa; Gemälde und Zeichnungen; Stikkereien, hand-bemalte Seide und Strickarbeiten; Schmuckstücke, Keramiken, Skulpturen und Photographien. Diese Arbeiten werden ausgestellt und zum Verkauf angeboten. Der Erlös fließt in den Fonds zur Verteidigung vom Mumia.

Das anfängliche Konzept der Gefangenen, auf dieses Projekt aufbaut, ist die Erstellung multi-medialer, eindrucksvoller Programme, ausgearbeitet, produziert und geschrieben vorwiegend von politischen Gefangenen.

Die Gefangenen verfolgen mit diesem Projekt sechs wesentliche Ziele:

1. Menschen drinnen und draussen dazu zu motivieren, alles, was ihnen möglich ist, zu tun, um die Exekution von Mumia Abu-Jamal zu verhindern, und für die Abschaffung der Todesstrafe im Allgemeinen zu arbeiten.
2. Geld fuer die Verteidigung von Mumia zu beschaffen.
3. Andere Gefangene in anderen Ländern einzubeziehen, um dadurch die Internationalisierung der Forderung nach dem Stop der Exekution voranzutreiben, und gleichzeitig das Bewußtsein in den USA über die Kämpfe politischer Gefangener weltweit zu verbreitern.
4. Die Existenz politischer Gefangener in den USA ins Bewußtsein zu rufen und ihre Freilassung zu fordern.
5. Nationale und internationale Berichterstattung zu erreichen durch die Einbeziehung alternativer Radio-Netzwerke, Satelliten-Fernsehen und Computer-Netze.
6. Mit Amnestie International und anderen Menschenrechtsorganisationen zusammenzuarbeiten.

Political Prisoners Unite enthüllte am 10.12.94 eine Ausstellung in der Kunstgalerie beim Adam Clayton Powell State Office Building in New York City. Während des Jahres 1995 wanderte die Ausstellung durch New Jersey, Connecticut, die Bronx, Montreal und Toronto in Kanada. Im Oktober übernahm die Puffin Foundation, im Zusammenhang mit dem SOHO Arts Festival, die Ausstellung und organisierte eine einen Monat lang andauernde Serie von Diskussionsrunden zu Gefängnis- bzw. Gefangenenfragen. Sie bezahlte außerdem ein Video über das Projekt. Ein Teil der Ausstellung ging im November 1995 nach Paris, und wird danach nach Italien, Belgien, Holland und Deutschland weitergehen.

Dieses Projekt ist ein Leuchtfeuer der Hoffnung, dem unglaublichen Trend zu endloser Gefangenschaft, staatlich finanziertem Mord und politischer Inhaftierung zu widerstehen. Diese Poesie, diese Kunst, dieses Projekt ermöglicht es uns allen, die Gitter und den Stacheldraht der Knäste zu übersteigen, und zusammen mit diesen Frauen und Männern einen außergewöhnlichen Weg der Solidarität zu gehen, in ihrer Anstrengung, das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten. Durch die Vereinigung ihrer Kreativität, ihres Geistes und ihrer Stärke vereinigen diese politischen Gefangenen wiederum uns alle.

Für weitere Informationen über dieses Projekt, und die Beteiligung daran, schreibt (in Englisch !) an:

Political Prisoners Unite
272 Hutton Street #21
Jersey City, New Jersey
07307 USA

e-mail: prisunity@aol.com

Bundesminister der Justiz
Herrn Schmidt-Jortzig
Heinemannstr. 6
53175 Bonn

Fax-Nr. 0228-580

Oberlandesgericht Düsseldorf
6.Strafsenat
RaOLG Steffen
40402 Düsseldorf
Postfach 300210
Fax-Nr. 0211/ 4971 - 548

Hiermit spreche ich/wir uns für die sofortige Freilassung von Hanna Krabbe aus.

Wir sind über die Situation von Hanna Krabbe informiert. Hanna Krabbe ist seit April 1975 Gefangene aus der RAF. Sie war in den fast 21 Jahren der Haft ausschließlich Sonderhaftbedingungen ausgesetzt, davon viele Jahre Einzelisolation. Sie war 14 Jahre in einer Kleingruppe in Lübeck isoliert und ist dort seit einem Jahr die einzige Gefangene aus der RAF. Wir haben erfahren, daß Hanna am 30.November 1995 eine Anhörung hatte. Wir sehen diese Entlassungsverfahren, die Anhörung, sowie das psychiatrische Gutachten im Zusammenhang aller Sonderhaftbedingungen und Maßnahmen, um die Gefangenen von ihren Überzeugungen abzubringen. Die Gefangenen aus der RAF haben sich berechtigterweise immer gegen diese Maßnahmen gewehrt und wir fordern mit ihnen deren Abschaffung.
Bei Hanna Krabbe gibt es selbst formal-juristisch keinen Grund, der gegen ihre Entlassung spricht, bzw. ihre Entlassung auf die lange Bank zu schieben. Wir fordern Sie auf, die sofortige Freilassung von Hanna Krabbe zu veranlassen.

* Sofortige Freiheit für Hanna Krabbe
* Freiheit für alle politischen Gefangenen
* Abschaffung der Anhörung und der psychiatrischen Gutachten vor der Entlassung

Name	Adresse	Beruf/Organisation	Unterschrift

u.a. in Bonn, Berlin, Frankfurt, Göttingen, Saarbrücken, Stuttgart...

AKTIONSTAG 18. März

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit

LIBERTAD !

Macht mit! Wir initiieren den 18. März als Tag der politischen Gefangenen,
als Kampftag für die Freiheit der Gefangenen aus Klassen- und Befreiungskämpfen in aller Welt.
Wir rufen diesen Aktionstag aus, um gemeinsam an sie, ihre Unterdrückung und ihren Widerstand zu erinnern.
Ein Tag unserer Solidarität und Verbundenheit mit den gefangenen Genossinnen und Genossen in Deutschland und aller Welt.
Solange die Verhältnisse nicht grundlegend verändert sind, wird es Kämpfe geben. Es wird Gefangene geben, es wird Flüchtlinge und Immigranten geben, weil Menschen sich nicht abfinden mit den Zuständen und auf eine bessere Zukunft hoffen.
Die Menschenrechte werden uns nicht auf einem Silbertablett serviert. Wir kriegen sie nicht geschenkt, von keiner Regierung, keinem Staat, keiner internationalen Institution. Davon gehen wir aus. Auch, daß dafür jeder Tag ein Kampftag sein müßte.
Der 18. März ist kein internationaler Kampftag, aber vielleicht ein Schritt in diese Richtung. In vielen Ländern erinnern revolutionäre Organisationen und Basisbewegungen an einem Tag an ihre Gefangenen. Es sind Tage, die auf Widerstandsaktionen oder staatliche Unterdrückungen Bezug nehmen.
In der Geschichte der Klassenkämpfe hatte der 18. März mehrfach Bedeutung. In der 1848er Revolution steht er für das Bündnis der Geldsäcke und Aristokraten gegen das entstehende Proletariat. Und 1871 für den Beginn der Pariser Commune, diesem ersten Versuch die bourgeoise Herrschaft zu beseitigen. Bis in die 20er Jahre hinein war der 18. März in der proletarischen Bewegung der "Tag der Pariser Commune".
Diesen historischen Bezug nahm die Rote Hilfe zum Anlaß 1923 den "internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen" auszurufen. Daten, an die wir anknüpfen wollen, auch um daran zu erinnern, daß es in Deutschland schon mal einen Kampftag für politische Gefangene gab, um Solidarität zu verankern und zu einem praktischen Ausdruck zu kommen.
So auch heute!
Ein Tag, an dem wir ungeachtet aktueller und unmittelbarer Anlässe das Bewußtsein um die politischen Gefangenen wachhalten und unsere Solidarität und Verbundenheit mit ihnen demonstrieren.

10. 3. 96 Veranstaltung zum 18. März in Frankfurt/Main "3. Welt" - Haus, Westerbachstr.47 HH
ab 16h Plakatausstellung
17 h Film "Die Augen der Vögel"
19.30 h Vorstellung der Initiative Libertad!
* Warum soll der 18. März ein Kampftag sein
* Beitrag eines Zeitzeugen zur Geschichte des 18. März im Zusammenhang mit der Roten Hilfe
* Vortrag zu politischen Gefangenen in Deutschland
* Vortrag zu kurdischen politischen Gefangenen

Internationale Solidarität ist unsere Waffe. Ist das nur eine Parole oder unsere Wirklichkeit? Hungerstreiks hunderter Gefangener in Spanien und Euskadi, vor wenigen Wochen Knastaufstände in der Türkei und in Abschiebeknästen hier. Gefangene aus der RAF seit 20 Jahren im Knast. In Palästina trotz und wegen des Autonomieabkommens keine Freiheit für alle politischen Gefangenen.
Und wo sind wir?
Sicher, wir sind angeschlagen, aber wir sind nicht still. Die Herrschenden sind uns nicht losgeworden.
Der Kampf um die Freiheit der gefangenen Genossinnen und Genossen ist notwendig. Auch, wenn der revolutionäre Wind schwach bläst, nehmen wir Folter, Unterdrückung, unmenschliche Behandlung und Mord nicht hin.
Wir wissen, es geht vielen in diesem Land so. Wo es Widerstand gibt, gibt es Verfolgung.
Die Betroffenen brauchen unsere Solidarität! Die staatlichen Angriffe im vergangenen Jahr auf linke Strukturen und kurdische Organisationen in der BRD führen die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns genauso dringend vor Augen, wie die Kampagne gegen die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal die Möglichkeit internationaler Solidarität mit politischen Gefangenen gezeigt hat.
Bündeln wir unsere Kräfte am 18. März!
Libertad! ist eine Initiative, deren Ziel es ist gegen staatliche Unterdrückung zu arbeiten und Solidarität mit den von der Klassenjustiz verfolgten Gefangenen und von Repression bedrohten Menschen zu organisieren.
Unsere Solidarität ist nicht abhängig von der jeweiligen Linie der Kämpfenden, aber davon, wer auf welcher Seite steht: wir gegen sie, unten gegen oben, Teil eines weltweiten emanzipatorischen Prozesses.

Schluß mit der Verfolgung organisierter Kurdinnen und Kurden in der BRD!

Für die Freiheit und Würde der Menschen!

Freiheit für die Gefangenen aus der RAF und anderen linken Projekten!



Impressum:
Libertad!, Kampagne für einen internationalen Kampftag "Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit"
Postadresse: Libertad! c/o "3. Welt-Haus", Westerbachstr. 47/HH, 60489 Frankfurt/Main
eMail: Libertad@LINK-F.rhein-main.de
Telefon/Fax: 069-97843444, **SpendenKonto:** 10215811, Ökobank (Blz 50090100)

Als das Haus besetzt wurde, stand die Mauer noch. Nach über sieben Jahren fürchten seine Bewohner nun die Räumung

Überholt vom Lauf der Zeit

VON ELISABETH BINDER

BERLIN. Von außen sehen sie aus wie eine Mischung aus Piratenschiff und Villa Kunterbunt. Die beiden Häuser in der Marchstraße mit zwischenliegender Wagenburg sind die letzten besetzten im ehemaligen West-Berlin. Mehr als sieben Jahre ist es her, daß Besetzer dort einzogen. Damals gab es den Eisernen Vorhang noch und die Mauer, damals war West-Berlin noch eine Insel und linksexotische Kulturen wie diese waren ein alltäglicher Anblick. Seit jenem Märztag 1989, als die Häuser von Besetzern erobert wurden, hat sich manches verändert. Haben sie das überhaupt gemerkt?

Hermann macht erst einmal Feuer. Aus einem großen, roten Plastikkorb schaufelt er splittrige Holzscheite in den uralten, verrosteten Ofen. Es ist bitterkalt im Café Vamos, das die Besetzer sich im Erdgeschoß als Solidaritäts- und Info-Treffpunkt zurechtgezimmert haben. Ein paar klapprige Bänke gibt es, über und über mit Farbe besprenkelte Stühle und Tische, die Wände sind mit alten Flugblättern verziert. Auf dem Tresen steht eine Sammelbüchse mit der Aufschrift „Widerstand ist nie umsonst." Die erste Besetzergeneration ist längst ausgezogen. Nee, wüßte er nicht, daß einer noch dabei ist, sagt Hermann. Aber Hoppe, der müßte es wissen. Hoppe studiert nämlich Jura. Wie Hermann wohnt der 27jährige erst seit etwas mehr als zwei Jahren in dem Haus. Aber auch er kennt keinen mehr, der von Anfang an dabei war. Allerdings gehörte er schon in jenem März vor sieben Jahren zu den allerersten Sympathisanten und hat sich an den Geschicken des Hauses immer beteiligt.

Wie eigentlich wird man Bewohner eines solchen Hauses? Ganz einfach. „Durch Konsens", sagt Hoppe: „Das Kollektiv entscheidet." Wenn einer gegen den Neuzugang ist, dann kann der angehende Besetzer eben nicht aufgenommen werden. Rund 70 Leute wohnen noch auf dem Gelände, darunter Italiener, Spanier und Südamerikaner. Jedes Haus gilt als Kollektiv, und die Wagenburg ist natürlich auch eines. Die Fluktuation ist nicht gering. Schließlich gibt es immer mal Phasen im Leben, „wo man lieber allein sein möchte." Oder andere Leute kennenlernt.

Was denn bringt jemanden dazu, Besetzer zu werden? „Das Gemeinschaftsgefühl", sagt Hermann. Man kann mit den anderen zusammen einkaufen gehen, zusammen kochen, zusammen Sachen machen. Ausflüge? „Nee, Urlaub natürlich nicht. Man kann ja schlecht dem Eigentümer sagen, passen'se mal auf das Haus auf, wir sind in Mallorca." Aber zusammen in Konzerte gehen, das findet Hermann schön. Wohingegen er zu politischen Diskussionen „nicht so viel Nerv hat." Anders als Hoppe ist er bereit, seinen Namen zu nennen: „Ich will ruhig berühmt werden", sagt er. Eine junge Frau steckt den Kopf durch die Tür und hält einen Topf hoch: „Kannste den mal spülen? Wenn noch einmal jemand in meinem Topf Fisch kocht, der kann was erleben." Es ist also nicht so, daß die Mädchen kochen und die Jungen das Dach reparieren. „Natürlich nicht", sagt Hoppe etwas indigniert. „Wir sind antisexistisch und antipatriarchalisch."

Der gemeinsame Nenner? „Na auf jeden Fall, daß wir linksradikal sind", sagt Hoppe. „Vamos heißt vorwärts", erklärt er. Allerdings gebe es innerhalb der Szene verschiedene Strömungen. Hat es irgendwelchen Einfluß auf sie gehabt, daß innerhalb der Zeit, die seit Besetzung des Hauses verstrichen ist, ein ganzes kommunistisches Weltreich untergegangen ist? Mit der Frage könnnen beide wenig anfangen. „Was wir hier machen, ist praktischer Antikapitalismus", sagt Hoppe schließlich. „Das ist, wenn man drauf pfeift, daß das Haus jemand anderem gehört." Mieten dürfte es eigentlich überhaupt nicht geben, finden die beiden. Strom und Wasser muß man bezahlen, klar. Aber Wohnungen müssen umsonst sein. Je mehr besetzte Häuser es gibt, desto schlechter das Wohnumfeld, desto größer die Chance, daß die Mieten billiger werden, argumentieren sie. Gerade jetzt sind sie von Räumung bedroht. Was sie tun wollen, wenn sie in dieser Kälte auf die Straße gesetzt werden? Darüber denken sie nicht nach. „Wir tun alles, um die Räumung zu verhindern." Sie wären sogar bereit, eine geringe Miete zu bezahlen. Alles selbst instandzusetzen und dann Eigentümer werden wie manche Besetzer der frühen 80er Jahre – das wollen sie nicht.

Die meisten Bewohner sind so in den Zwanzigern, aber es gibt auch welche über 30. Zu denen zählt Hermann, der arbeitslos ist und sich um das Café kümmert. Mit der bürgerlichen Welt haben sie alle nur am Rande zu tun, in Verhandlungen über den Räumungsaufschub zum Beispiel. Manchmal bringen Leute aus der Gegend, „ganz normale Leute", ausrangierte Möbel vorbei oder eine Tüte mit abgelegter Kleidung. Spenden sind immer willkommen.

Das Café, wo einige Platten mit Mortadella, Lachs und Käse auf solidarisch gesinnte Frühstückskunden warten, ist die einzige gemeinsame Einnahmequelle. Das Geld, über das jeder einzelne verfügt, wird für den Lebensunterhalt zusammengeworfen. So ähnlich wie in einem Orden? Ganz im Gegenteil, sagt Hoppe. In den Orden gehe es streng hierarchisch zu, „und wir leben völlig selbstbestimmt." Außerdem sind die freiwillig arm. „Wir wären schon gerne reich", sagt Hoppe nun fast mit dem Ansatz eines Lächelns, „aber uns dafür totschuften, das wollen wir auch nicht."

Hermann wirft ein paar Briketts in den Ofen. Draußen in der Wagenburg riecht es nach Hausbrand. Transparente fordern Gerechtigkeit für alles mögliche. Je mehr in der Stadt gebaut und restauriert wird, desto fremder wirkt das wilde Haus. Eines der letzten Relikte, das an die exotischen Blüten der Insel-Stadt erinnert. Fast wie ein unfreiwilliges Museum.



RELIKT AUS EINER ALTEN ZEIT. Das besetzte Haus an der Marchstraße. Foto: Markus Wächter



Am 8. März 1996 findet vor dem Frauenknast Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm, eine FrauenLesbenkundgebung statt. Leider erreichte uns der Aufruf nicht mehr rechtzeitig. Die genaue Uhrzeit und weitere Informationen entnehmt bitte der Tagespresse.

OFFENER BRIEF AN DIE AIZ - ANTIIMPERIALISTISCHE ZELLE

Es gibt Menschen, die Eure Erklärungen lesen (eventuell würder sie noch mehr gelesen, wenn einfacher zu beschaffen) und die willens sind, sich damit auseinanderzusetzen. Menschen, die sich so eine Auseinandersetzung KONSTRUKTIV wünschen und selbst auf Polemik, Sarkasmus und Verächtlichmachung verzichten. Kritik ist nicht gleichzusetzen mit Entsolidarisierung oder Verrat- wir hoffen, Ihr seht das genauso.
Vielleicht erinnert Ihr Euch, daß es am Anfang Eurer Aktionen durchaus inhaltliche, kritisch-solidarische Diskussionsbeiträge gegeben hat.
Das Projekt AIZ ist ja erstmal schon eingeschlagen und auf Interesse gestoßen.
Es gibt hinreichend traurige Erfahrungen damit, daß die westdeutsche Metropolenlinke faktisch eher träge Masse als voll orientierte, entschlußfreudige dynamische Kraft ist, d.h. es dauerte auch immer ein bißchen, bis Reaktionen oder Fragen zu Euren Aktionen/ Diskussionspapieren kamen.
Eure Antworten auf die Fragen derer, die sich inhaltlich auseinandersetzen WOLLTEN, kamen, <u>wenn überhaupt</u>, dann mehr von oben herab. Im Vergleich zur Szenedynamik ist die Eure sozusagen rasant, phänomenal, ungleich viel schneller. Immer mehr habt Ihr den Eindruck vermittelt, aus der Position der <u>wahren</u>, unverstandenen Revolutionäre zu agieren.
Es wird immer Gruppen und Zusammenhänge geben, die einen Schritt weitergehen, als die Linke, die gerade nicht will, nicht kann oder mit der eigenen Befindlichkeit vorrangig beschäftigt ist. Aber gerade die, die dann die Avantgarde sind oder sein wollen, stehen in einer besonderen Verantwortung gegenüber denjenigen, die grundsätzlich motiviert sind, sich zu Entscheidungen hinzuentwickeln, jedoch beispielsweise mit Eurer Dynamik überfordert werden.
Wenn wir einen ähnlich scharfzüngigen Sarkasmus anbringen wollten, wie Ihr ihn manchmal draufhabt, müßten wir feststellen:
November 1992 erste Aktion, seit gut drei Jahren passiert wahnsinnig viel in schneller Abfolge. In so einem kurzen Zeitraum hat es wohl noch keine Gruppe geschafft, sich trotz interessanter Ideen innerhalb der radikalen Linken fast völlig ins Abseits zu manövrieren.
Wenn Ihr einfach davon ausgeht, daß diejenigen, die Euch nicht so schnell oder garnicht folgen können/wollen, sowieso nichts taugen für die revolutionären Prozesse, die Ihr wollt, dann könnt Ihr uns und viele andere natürlich links, rechts oder wo auch immer liegen lassen. Das fänden wir allerdings **sehr schade** !!!

Ihr arbeitet immerhin wie die Irren und über manches von Euren Themen, Analysen, Ergebnissen, würden wir gerne mit Euch diskutieren. Es gibt viele Punkte, z.B. inhaltlich, Themen und Angriffsziele, Ausführung usw., an denen entlang wir Auseinandersetzungen wichtig finden.
Das Ganze ist aber so umfangreich, daß uns eigentlich nur vorstellbar ist, als Teil eines kontinuierlichen Auseinandersetzungsprozesses einen Themenschwerpunkt nach dem anderen anzugehen. Wir glauben, daß es von zentraler Wichtigkeit ist, vor allen inhaltlichen und sonstigen Fragen zunächst den von Euch vollmundig propagierten Anspruch **ZUSAMMEN KÄMPFEN** in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zu stellen.
Am 8.7.94 habt Ihr in einem Theoriepapier folgende These aufgestellt: "...der erfolg revolutionärer politik hier in der brd hängt ganz wesentlich davon ab, inwieweit die wechselbeziehung zwischen antiimperialistischer politik und sozialen bewegungen in der lage ist, ein neues kräfteverhältnis hier in der festung, gegen die herrschenden, aufzubauen.... es wird aufgabe von allen sein, die hier eine organisierte fundamentalopposition aufbauen wollen, in einem parallelen diskussions- und kampfprozeß herauszufinden, wie das laufen kann."
Nun haben wir ja in der BRD, in Westeuropa, nicht gerade einen unendlichen Pool von Leuten, die sich in linksradikalen Zusammenhängen bewegen und überhaupt Lust, Interesse, Ansätze, das Bedürfnis haben, die "grundsatzfragen, antiimperialistische politik in der brd betreffend" zu diskutieren. Ihr erklärt, das könne sich nicht in Theoriediskussionen erschöpfen, sondern sei "nur in einem parallelen prozeß von diskussion und militanter/bewaffneter praxis vorstellbar". Was wir von Eurer bisherigen Praxis mitbekommen, provoziert die Frage, wen Ihr überhaupt für WERT haltet, mit Euch zu diskutieren. Ihr stellt die Behauptung auf, es gebe "nur zwei ganz grundsätzlich voneinander verschiedene lebensentwürfe: der eine ist der konfrontative, der andere ist der der "nische"." Bißchen einfach, kann das sein? Gerade in einer Phase, wo der allgegenwärtige Repressionsapparat jeden relevanten Widerstand kriminalisiert, darf sich Militanz nicht als essentielles Kriterium politischer Radikalität definieren. Oder was heißt für Euch inhaltlich konfrontativ? Weiter sagt Ihr "...für diejenigen, die sich für den konfrontativen lebensentwurf entscheiden, bleibt dann das problem, sich gegenseitig zu finden und wege des zusammen-kämpfens zu entdecken. ...zur zeit ist ein klärungsprozeß notwendig, in dem die unbestreitbaren inhaltlichen differenzen diskutiert werden- ein klärungsprozeß, der im bewußtsein gegenseitiger solidarität geführt wird, der auf gegen-

seitige denunziation verzichtet und der darauf orientiert ist, im kampf gegen die herrschenden zusammenzukommen. eine entwicklung dagegen, die innerhalb derer, die hier in der brd widerstand leisten, nur gegenseitige entfremdung und selbstaufgabe zurückläßt- das wäre ein sieg für die herrschenden."

Es gibt viele Stellen in dem Diskussionspapier und anderen Papieren, die wir von Euch kennen, an denen wir Kritik haben (Schwarz-Weiß-Bilder, grobe Vereinfachungen, Parolenhaftigkeit), aber es gibt eben auch Ansätze, wo wir (und nicht nur wir) Interesse an Auseinandersetzungen haben. Ob am Ende aus inhaltlichen und materiellen Auseinandersetzungen auch **ZUSAMMEN KÄMPFEN** ein Ergebnis sein kann, hängt doch in großem Maß davon ab, ob Ihr Euch auf längerwierige Prozesse (die sich auch auf straighte Konzepte auswirken können!) einlassen wollt oder avantgardistisches Überfliegen vorzieht. Eure Bereitschaft zu Märtyrertum habt Ihr in Eurer letzten Erklärung, Dezember 1995, bereits verdeutlicht.

Bezieht sich **ZUSAMMEN KÄMPFEN** inzwischen ausschließlich auf die "revolutionär-islamischen schwestern und brüder"? Ist die BRD-Linke von Euch ABGEHAKT, nachdem die letzten drei Jahre nicht/kaum genutzt wurden, sich überhaupt mit Euch in einen Zusammenhang zu stellen?

Was die Vermittelbarkeit Eurer Ansätze und Aktionen und den Rückhalt für Euch innerhalb der BRD-Linken angeht, ist es schon sehr mau, aggressionsgeladen und eisekalt geworden.

Wir mögen nicht glauben, daß Euch das am Arsch vorbeigeht.

Wir möchten mit euch zu einer Auseinandersetzung/ Diskussion kommen- dieses Papier sehen wir wie gesagt nur als Anfang.

Viele Fragen

Solidarische Grüße

Initiative für eine konstruktive Auseinandersetzung



Abb. 44: Barackenkolonie obdachloser Familien am Kottbusser Damm 1872.

LASST 100 DATES mit Dr. TRAUBE PLATZEN !!!

Dr. Traube: Prototyp der Hausbesitzer, die sich mit der Zerstörung unserer mühsam erstrittenen Kreuzberger Lebenswelt eine goldene Nase verdienen wollen.

Seine Spezialität ist das **Plattmachen** von Kneipen, in denen auch einfache Leute sich ein Bier leisten konnten und wollten <'Abendrot' PLU 45, Ecke Mariannenstraße>.



Nebenher kaufte er Roma beim Sozialamt Steglitz ein, pferchte sie auf Dachböden und Kellern <PLU 45 & Mariannenstr. 26> bis ein Fußboden in die darunterliegende Wohnung hinabstürzte und kassierte pro Nase und Nacht DM 25.

Ältere Mieter läßt er zum baldigen Abgang aus seinen Häusern auffordern. Er braucht Platz für profitbringende Umwandlungen, die selbst die Behörden schon auf den Plan gerufen haben.

Dr. Traube hat den Bogen überspannt. Wir in SO 36 haben uns entschlossen, daß die Räume des ehemaligen Lokals 'Abendrot' bis 1999 nicht mehr von ihm vermietet werden dürfen. Unser Protestprojekt 'Abendrot leuchtet über ganz Kreuzberg' soll Blockaden und Harfenklänge umfassen.



Abendrot bleibt dicht bis '99. **Eingang blockieren!**

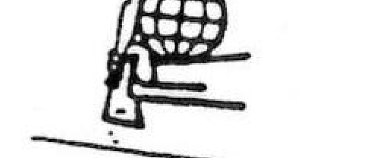
LASST 1000 DATES mit Dr. TRAUBE PLATZEN!!!

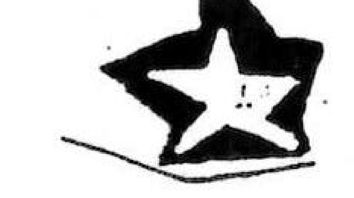
Praxistelephon: **456 18 44.**
Hämorriden-Chirurgie Müllerstraße 34a <U:Seestr.>.

Vereinbart mehrere Termine unter anderen Namen und kommt nicht hin. Blockiert das Praxistelephon!
Noch besser: **Geht einfach mal so hin!**

OPENING: Mo Di Do 10-12 16-18
Haus ab 8.00 opon all days
Tiefgarage ist um die Ecke!

* Rustikale Zorros #





Einige Worte zu einigen Worten des Donnerstags

Ein neues altes Modethema geistert durch die Berliner Restlinke der 90er; es heißt Kampf dem Sozialabbau. Um selbigen zu organisieren formierte sich ein „breites Bündniss", welchem mitlerweile wohl 51 Gruppen (so der letzte mir bekannte Stand) angehören. Neben der Tatsache, daß dieses Bündniss durch beachtliche Mobilisierungsfähigkeit glänzt (Nur Rosa und Karl schaffen mehr), sticht vor allem die bemerkenswerte „Breite" ins Auge, die sich an anderen gesellschaftlichen Punkten bekanntlich nicht mehr formiert.
Die erfüllten Kriterien wie „Breite" und „Masse" scheinen in einer Zeit, wo mensch für linke Positionen gesellschaftlich sonst nur Reaktionen von Kopfschütteln bis Fußtritten erntet, bereits auszureichen, um Teilen der Autonomen (?) Szene die verwirrten Köpfe vollends zu verdrehen...anders ist das Gelalle zum Donnerstag in der interim nicht mehr zu interpretieren. Von einem solidarischen unteren Drittel, von französischen Verhältnissen gar wissen Gruppen wie A.K.W. und R.a.t.t.e.n. d.e.r S.p.r.e.e. zu berichten. Und das immer wieder gern gelesene Interim-Vorwort wittert gleich Klassenverrat und ewige Selbstmarginalisierung, nur weil sich ein paar hängengebliebene Ghetto - Autonome (A.K.W.) über die Mentalität deutscher Lohnarbeitender - zugegebenerweise nicht sehr sachlich- bepissen.
Die Mühe, mal ein bißchen genauer zu gucken, was da abgeht, machen sich nicht sehr viele Leute...erstaunlich, wo es doch alle „erstmal gut" finden. (Die gegenteiligen Äußerungen in meinem Bekanntenkreis sind marginal und nicht Szene - Repräsentativ).
Zunächst einmal sind die „sozialen Realitäten" des Protestspektrums überhaupt nicht homogen, oder will hier ernsthaft eine/r behaupten deutsche StudentInnen und MigrantInnen oder Behinderte hätten dieselben Ausgangsbedingungen. Ersteren wird der Geldhahn ein wenig enger gedreht, letzteren in schlechter deutscher Tradition schlichtweg das Existenzrecht abgesprochen. (Abschiebepraxis und Euthasie/Genethikdebatte) Das sind keine Peanuts.
Und auch „die Studis", die ja quantitativ den größten Teil der Mobilisierten gestellt haben (ich würde sagen jedesmal so zwei drittel) sollten nochmal genauer betrachtet werden: In Berlin studieren meines Wissens nach 150 000 piepels. Die Umstrukturierungsmaßnahmen hin zur Elite - Uni werden auf Dauer nicht die wenigsten von ihnen zu spüren kriegen. Gemessen daran sind die maximal 4-5000 sich bewegenden (3-4%) zwar besser als nichts, aber eher lächerlich.
Vor allem sollten wir noch den Faktor berücksichtigen (kleine Bewegungslehre), daß die Anzahl der sich weiter (im Sinne von tiefergehend/längerfristig) engagierenden Studies gewöhnlich höchstens noch ein drittel der Straßenbeteiligten ausmacht.
Und wo A.K.W. die „Lohnarbeitsabhängigen" auf der Demo ausgemacht haben wollen, ist mir ein Rätsel. Meint ihr die „Kritischen Gewerkschafter(Innen?)",oder sind das für euch alle über 25 - jährigen, die nicht im Szene - Volklore Outfit zu solchen Demos kommen?
Oder der in „unseren" Kreisen sehr verbreitete Typus des/der flexibel Jobbenden?
Der wesentliche Unterschied zwischen den sozialen Kämpfen in Frankreich und Berlin scheint mir neben ihrer unterschiedlichen Quantität vor allem folgender: In Frankreich formierte sich zeitgleich eine Bewegung unter wesentlicher Beteiligung von Arbeiterinnen und Studies; so entstand ein Raum, den noch Marginalisiertere Gruppen und Linksradikale nutzen konnten. In Berlin oblag es (mal wieder) den ohnehin schon linken und marginalisierten Gruppen stellvertretend für die Massen den Protest zu organisieren.
Das spricht bei der Qualität des jetzigen sozialen Angriffs allerdings für sich.
Wer soll sich hier auch wehren? Sozialhilfe- und Arbeitsloshilfeempfängerlnnen hätten dazu schon lange Grund (und im Ggensatz zu z.B. illegalisierten Flüchtlingen auch den Raum) gehabt...allein es passiert nicht. (Übrigens sind eh nur ein drittel aller Arbeitslosen „Langzeitarbeitslose", und ob die immer progressiv sind...???).
Die (Fach)arbeiterInnen in noch garantierten Verhältnissen scheinen als klassisches DGB - Klientel doch eher ihrer Sicherung/Abwicklung entgegenzuschauen. („Bündniss für Arbeit", „Standort Deutschland"-Debatte - schon mal gehört?)
Ich spreche hier nicht gegen die Formierung sozialen Protestes (Widerstand und Aneignung wären noch schöner). Aber das abgefeiere nervt. Wir sollten, sofern wir es überhaupt noch wichtig finden, unsere Praxis zu reflektieren, uns nicht gleich an der ersten (quantitativ) gelungenen Mobilisierung seit längerem bis zur Besinnungslosigkeit besaufen. Wichtig ist, von vornherein die Frage nach den Grenzen einer solchen Mobilisierung zu stellen. Kann es mehr als ein „nationaler Verteilungskampf von links" sein?
Was für eine Qualität hat die Tatsache, daß in der ersten *gesellschaftlichen* Krise seit 1945 (Eine ökonomische Krise scheints ja nicht zu sein, die Profite steigen) gleich wieder ganze Teile der Gesellschaft als „unnütz" und nicht „lebenswert" eingestuft werden, und deren Ausgrenzung bis zur neuerlichen Vernichtung gedacht wird?
Was für eine politische Sprengkraft kann ein *Sozialer* Protest vor dem Hintergrund der gewaltigen Dimension des gesellschaftlichen Regresses im neuen Deutschland seit 1989 überhaupt noch haben?
Das eigentlich frustrierende an diesen Fragestellungen ist, daß sie nicht neu sind. Sie tauchten schon am Rande der Diskussion um eine Linksradikale Intervention zum 8.Mai 95 auf und endeten in einer (nicht nur inhaltlichen) Polarisierung. Danach machte die radikale Linke, um eine inhaltlich nicht gerade uninteressante Richtung (antinationale/antideutsche) bereichert, weiter wie bisher.
Erst in der verbreiteten Negation kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse und Verwertungslogik (ein nettes Transparent von Studis sei hier zitiert „wir sind kein Humankapital") eine bedingungslose Parteinahme für die vom Rassismus betroffenen gegen den deutschen Mob und ein offensives Angreifen von (deutscher) Arbeitsmoral und patriarchalem Leistungsethos, der Unverwertbare als nicht lebenswert und damit vernichtungswürdig einstuft, liegt der Widerspruch zu den HERRschenden Zuständen. Das Aufkündigen der Sozialpartnerschaft von unten und die Demontage des „Standortes Deutschland" wären adäquate Antworten. Wenigstens als Forderungen und sei es als Provokation.
Nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund finde ich die bisherigen Beiträge (nicht die „Bewegung" an sich) mehr als ärgerlich.

D.D.

Einige Einschätzungen zur Demonstration vom 01.02.1996 und darüber hinaus

Am 1. Februar beteiligten sich ca. 5000 SchülerInnen und StudentInnen an einer Demonstration, die sich gegen die angestrebte BAFÖG-Neuregelung richtete.
Verantwortlich für die Streichungen im Sozialwesen, wozu auch das BAFÖG gehört, ist der Zug der europäischen Vereinigung (nach den Kriterien des Maastrichter Vertrages ist eine wirtschaftliche Neuorganisierung zu Lasten der unteren Schichten nötig) - innerstaatlich sind es Hardliner aus Politik und Wirtschaft, die eine völlige Privatisierung von Bildung fordern.
Allgemeiner Konsens der etablierten Parteien scheint der Abbau von Sozialleistungen zu sein.
Dagegen ausgedrückte Kritik von SPD und Grünen sind notwendige Phrasen, um eine parlamentarische Demokratie vorzugaukeln. Unter der Hand aber steht eine Studienreform schon fest, wenngleich es Unterschiede im angesetzten Ausmaß der Kürzungen gibt. Ein Grüner-Reformer steht der Meinung eines Rüttgers sicherlich entgegen, möchte also nur eine gemäßigtere Streichung des Sozialwesens. (Und auch die PDS hat nach ihrem Parteitag eine Regierungsbeteiligung auf kommunaler Ebene beschloßen - was Kürzungen im Sozialen notgedrungen miteinschließt.) Der Kapitalismus diktiert den Rahmen, in dem Politik gemacht wird.
Alle Parteien sind Stützen dieses Systems, und so sollten sie auch begriffen werden: als ein Angriff gegen uns alle! Ihre Politik ist den Interessen all jener aus der Leistungsgesellschaft herausgefallenen Menschen entgegengesetzt. Sie bedeutet einen immensen Eingriff in Verhältnisse, die im jetzigen Zustand schon als menschenverachtend bezeichnet werden können. Jetzt soll die Schraube der Ausbeutung noch weiter angezogen werden.
Auch an uns liegt es, wie wir diesen Angriff begreifen und unsere Kräfte dagegen mobilisieren werden. Mit dem Blick darauf, daß ein revolutionäres Voranschreiten in den Industrieländern an den internationalen Kampf um Befreiung und soziale Gerechtigkeit gebunden ist: hier fallen die Entscheidungen für das Elend der Welt; hier fühlen sich die Verantwortlichen sicher. An uns liegt es, diesen Zustand zu ändern! Aus unserer Verantwortung für diese Welt - den Widerstand organisieren, mit allen Mitteln!
Im Zeitalter des Imperialismus wird es keine Lösung (Reformen) von oben geben. Es kann nur mit einer internationalistischen Bewegung von unten möglich werden; in einem langdauernden Kampf für Gerechtigkeit und Befreiung!

Die Demonstration in München war für viele womöglich die erste in ihrem Leben.
So unterschiedlich wie die TeilnehmerInnen waren die Inhalte: von Transparenten mit der Aufschrift "FUCK a) Chirac b) Rüttgers c) sozialer Numerus Clausus" über "Friede den Unis-Krieg den KuMis" bis zur Bezugnahme auf unsere "freie Demokratie" (O-Ton: Vor zwei Jahren waren wir frei!) war alles mögliche vorhanden. Hervorzuheben ist auch die Verbindung des Kampfes gegen soziale Kürzungen mit dem Bau des Atomreaktors FRMII in Garching. Mehrere Transparente und ein Redebeitrag drückten die Ablehnung gegenüber dem Milliardenprojekt aus, das zu großen Teilen aus dem Bildungsetat gezahlt wird. Die Stimmung war allgemein positiv: laut und fröhlich.
Die Reaktionen vieler StudentInnen auf der Demo bzgl. eines verteilten Flugblattes, das die Einknastung der GenossInnen, die den kurdischen Elternverein besetzt hatten, thematisierte, war allerdings mehr als beschissen. Auch scheinen zahlreiche TeilnehmerInnen noch nie etwas von der altbewährten Regel gehört zu haben, vor und auf Demos keinen Alk zu konsumieren!
Zu kritisieren gäbe es an der Vorbereitung, daß die Namen der Leute, die mit Pappschild und Gipsmaske "EinheitsstudentInnen" darstellten, im Vorhinein den Bullen gegeben wurden. Wir halten so etwas für vorauseilenden Gehorsam. Für die Zukunft sollte auf Demos versucht werden, unsere selbstbestimmten Formen des Protestes notfalls auch gegen den Willen der Ordnungsmacht durchzusetzen (Solidarität schafft Stärke!).

Der Zustand einer in den Anfängen (?) befindlichen Bewegung ist aufgrund verschiedener Faktoren reformistisch. Wir werden sie im Folgenden aufzählen und Ansätze für eine Orientierung formulieren, als ein Versuch die Isolierung traditioneller linksradikaler Politik zu durchbrechen.
Über Anregungen und Kritik würden wir uns freuen.

I. Der Zustand der Protestbewegung

Ein Trugschluß wäre es, jede Bewegung, die sich in nächster Zeit konstituieren könnte, als riesigen Fortschritt zu bewerten. Bisher sind lediglich einige Impulse zu verspüren. Die Kürzung des BAFÖG bringt mehr Menschen auf die Straße, als wir gedacht hatten. Die Forderung bleibt in ihrem jetzigen Zustand jedoch beschränkt: es sind alleinig Reformen, nach denen gerufen wird - also ein systemimmanenter Protest. Vereinzelt kommen sicher auch Forderungen nach dem Stop des Projekts FRMII und die Ablehnung anderer Schweinereien wie des "Bündnis für Arbeit" vor.
Insgesamt aber kann man das Resumee ziehen: eine Bewegung, die die Verhältnisse nicht grundsätzlich aufheben will, sondern nur einzelne Erscheinungsformen davon kritisiert.
Was fehlt, ist die Erkenntnis der Zusammenhänge von BAFÖG-Neuregelung über Sozialabbau allgemein bis zu den Grundprinzipien dieses kapitalistischen Systems. Damit der Protest jemals erfolgreich wird, ist der Sprung von Teilbereichskämpfen zur Systemgegnerschaft unabdingbar. Bis jetzt gab es nur einen SchülerInnen- und Studi-Protest; nötig aber wäre eine gemeinsame Front von Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Azubis, Obdachlosen, RentnerInnen, Behinderten.....

Eine große Gefahr stellen reformistische Kräfte dar, die auf jede soziale Bewegung Einfluß zu nehmen versuchen, um sie in eine staatskonforme Richtung zu kanalisieren. Aktuelles Beispiel hierfür auf der Demo waren offenes Auftreten und Redebeitrag der Grünen, sowie das Grußwort des OB Ude.
Solange der Protest nicht verschärft wird, bleibt auch die massenhafte Präsenz auf der Straße nur eine optische Täuschung. Sie wird dem System nicht gefährlich.

Dort, wo die angestrebte Integration einer Bewegung jedoch scheitert, drückt sich der BRD-Staat so aus, wie er wirklich ist: vernichtend gegenüber jedem Ansatz revolutionärer Politik.
Die Repression wird in verschiedener Intensität angewandt: von brutalen Bulleneinsätzen auf Demos über Diffamierung des Protestes durch die herrschenden Medien, gerichtliche Verfolgung Einzelner oder Gruppen, um sie finanziell und moralisch zu vernichten, Kriminalisierung von Teilen der Bewegung (Spaltung in "gewaltfrei" und "militant") bis hin zum Einsatz des Militärs im Innern.

II. Unsere Vorstellungen

Damit aus einer momentanen Empörung eine soziale Bewegung entsteht, müssen linksradikale Inhalte vermittelt werden. Die Gefahr durch reformistische Ansätze der Parteien muß aufgezeigt und Front dagegen gemacht werden.
Es gibt verschiedenste praktische Ansätze, den Protest zu radikalisieren:
- sich an Demos mit eigenen Inhalten beteiligen (durch Flugis, Transpis, ge- und entschlossenes Auftreten)
- KollegInnen, KomilitonInnen, MitschülerInnen zu Streik / Unterrichtsboykott mobilisieren
- Möglichkeiten des Widerstandes diskutieren auf der Straße, in der Kneipe, an jedem Ort des Alltags.

Grundsätzlich gilt: die augenblickliche Stimmung bestimmt die Aktionsform!
Das Wichtigste dabei ist, den Widerstand zu verbreitern, die Aktionen auf sämtliche Bereiche auszudehnen.
Wir werden etwas erreichen, wenn sich alle Betroffenen solidarisieren: SchülerInnen mit streikenden Erwerbstätigen, RentnerInnen mit Obdachlosen, Arbeitslose mit Behinderten.....

Wir dürfen nicht warten, bis es zu spät ist!
Nur gemeinsam können wir die Verhältnisse ändern!

WIR HABEN NICHTS ZU VERLIEREN!



Kontaktadresse:
c/o Infoladen, Breisacherstr.12,81667München, Tel:4489638, Fax:4802006



Im Jahr III des Zapatistischen Aufstandes



- Bilanz und Perspektiven -







aus: Land und Freiheit Nr. 20 vom 18.2.96





Wir werden tun, was getan werden muß, Madre de Dios de Madre de Dios! – und unsere sakrosanten Prinzipien werden verdammt nicht schlechter davon!

Victor Serge, Geburt unserer Macht

Zwei Jahre nach dem Beginn des zapatistischen Aufstandes im Januar 1994 in Chiapas und ein Jahr nach dem Aufruf der Aktion zur Unterstützung der zapatistischen Bewegung halten wir es für notwendig, zum einen die Entwicklung der sozialen und politischen Kämpfe in Mexiko zu bilanzieren; zum anderen ist dies für uns auch die Gelegenheit, eine vorläufige Bilanz unserer eigenen Erwartungen und Anstrengungen in der Solidaritätsarbeit zu ziehen.
Wir haben zu überprüfen, inwieweit unsere Einschätzungen der sozialen Bewegungen in Chiapas, Mexiko und über die Grenzen des Landes hinweg tragfähig waren und inwieweit unsere eigenen Aktivitäten mit der Entwicklung in Mexiko Schritt hielten – wobei wir unter diesem Aktivitäten etwas anderes verstehen als nur die Unterstützungsarbeit für die Bewegungen in Chiapas und Mexiko. Denn von Anfang an haben wir versucht, die Solidaritätsarbeit im internationalen Zusammenhang zu begreifen, d.h. den für uns wesentlichen Inhalt der Botschaften aus dem lakandonischen Urwald aufzugreifen und ihm eine den hiesigen Verhältnissen entsprechende Form zu geben: *daß es uns vorrangig darum geht, die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in dieser Metropole des internationalen Kapitalismus umzuwälzen*. Entsprechend muß auch eine Bilanz der Solidaritätsarbeit diesen *internationalen Zusammenhang* herausarbeiten, damit daraus ein Beitrag für die internationale Verständigung und Diskussion werden kann.

Foto: Die Gemeinde *La Realidad* im Lakandonischen Urwald, eines der zapatistischen Widerstandszentren, mit dem riesigen Kapokbaum.

I. Elemente einer neuen revolutionären Praxis

Wie für viele andere auch, hatte der zapatistische Aufstand für uns von Anbeginn eine internationale Dimension, und zwar

nicht nur aufgrund seiner objektiven Auswirkungen und Entstehungsbedingungen, sondern ausdrücklich in der Art und Weise, in der die Zapatistas alle bisherigen Modelle revolutionärer Praxis modifizierten: durch ihr Verhalten innerhalb und gegenüber den sozialen Basisbewegungen Chiapas, aber auch gegenüber den sozialen Bewegungen Mexikos und aller Länder der Welt. Erkennbar wurden Elemente einer neuen revolutionären Praxis, die für alle emanzipatorischen Tendenzen *exemplarischen Charakter* haben.

Das sind u.a.:

Die Absage an ein Konzept politischer Machteroberung, von dem mit der Staatswerdung einer politischen Elite letztlich nicht mehr zu erwarten ist als ein administratives Regime staatskapitalistischer Modernisierung, also nur eine weitere Variante nationaler Befreiung.

– Zu diesem *libertären* Element einer praktischen Staatskritik gehört der Vorrang, der den verschiedenen Formen sozialer Selbstorganisation gegenüber den getrennten politischen Organisationen eingeräumt wird – einschließlich einer Unterordnung der militärischen Organisation unter das zivile Kommando der zapatistischen Gemeinschaften.

– Im Aufgreifen der gemeinschaftlichen Traditionen der Indígenas gehen die Zapatistas zum einen von den alten Strukturen der widerständigen Dorfgemeinschaften aus, entwickeln und verstärken darin aber *im organisierten Kampf* Kräfte und Tendenzen, die reaktionär-patriarchalischen Beschränktheiten der indigenen Gemeinden zu durchbrechen. Der Aufstand selber ist *der Prozeß einer inneren Revolutionierung* der traditionellen Lebensweisen und herrschaftlichen Verhältnissen.

– In ihren programmatischen Erklärungen wie in jedem Schritt der teils aufgezwungenen, teils selbst entwickelten Taktik und Strategie hat die zapatistische Bewegung ihre eigenen, besonderen Ziele in den Zusammenhang von sozialer Befreiung als *universeller Emanzipation* gestellt. Ausdrücklich gestützt auf die konkreten Lebensbedürfnisse der Indígenas, enthält die Aufstandsbewegung nicht nur objektiv, sondern bewußt einen solch universellen Entwurf, der in allen Sprachen der Welt verstanden wird und werden kann und jeweils nur der *konkreten übersetzung* bedarf. Die Glaubwürdigkeit und internationale Resonanz der zapatistischen Aufrufe ist einer der stärksten Belege gegen die angeblich unendliche Fragmentierung und Spaltung der weltweiten Klassen- und Kampfverhältnisse und damit gegen die ideologische Stillegung jeder befreienden Subjektivität.

– Zu den bedeutendsten Elementen der zapatistischen Aufstandsbewegung gehört die Entschiedenheit, mit der auf allen Ebenen des gemeinschaftlichen und politischen Lebens die *Idee der Autonomie* ins Zentrum aller Entscheidungen und Diskussionen gerückt wird. Wobei sich hier Autonomie ausdrücklich nicht auf die Abstraktionen liberaler Weltbilder reduzieren läßt, sondern *Freiheit* positiv als gemeinschaftliche Selbstbestimmung und -verwirklichung meint: als *Assoziation, worin die freie Entwicklung des einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller ist* (Marx). Dies ist der Ausgangspunkt, und die eigenartigen Interpretationen der Demokratie durch die Zapatistas leiten sich daraus ab. Ein solches Denken stellt damit heute die größte Herausforderung für die neoliberale Entmenschlichung dar.

Zusammengefaßt und allgemein formuliert, stellen diese – wie einige andere, hier nicht genannten – Elemente einer neuen revolutionären Praxis den *konkreten Zusammenhang von Klassenkampf und Emanzipation* wieder her, der durch die staatlich-kapitalistische Integration und Unterwerfung sozialer Befreiungsbewegungen auseinandergerissen wurde. Das *Neue*, das die zapatistische Bewegung im internationalen Zusammenhang von scheinbar erdrückender Hegemonie des Weltkapitalismus und tiefgreifender Krise aller Befreiungsbewegungen darstellt, verdankt sich aber keinem theoretischen Konzept oder Modell, sondern einem konkreten Erfahrungs- und Lernprozeß. Dieser begann mit dem Scheitern einer kleinen Guerilla, deren übriggebliebener Kern sich mit den indigenen Gemeinschaften auseinandersetzen mußte und sich in dieser Auseinandersetzung die historischen und kollektiven Kampferfahrungen der Gemeinschaften aneignete. Die nach außen hin herausragende Person Marcos repräsentiert diesen Vermittlungsprozeß und erfüllt damit die Rolle eines Kommunikators zwischen zwei Welten unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Die ganze Kraft der zapatistischen Bewegung entspringt dem gemeinschaftlichen Willen der Indígenas – womit auch ein so altes wie zentrales Thema lateinamerikanischer Befreiungstheorien wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde –, ihre Entwicklungsfähigkeit und ihr möglicher Erfolg aber liegt in der Vermittlung des eigenen Kampfes mit anderen sozialen Bewegungen Mexikos wie anderer Länder.

Tatsächlich hat sich auf den verschiedenen Ebenen der Selbstorganisation und Entscheidungsfindung innerhalb der zapatistischen Bewegung eine Fähigkeit zu dieser Art Vermittlung herausgebildet, die das Niveau der innermexikanischen sozialen und politischen Bewegungen und Organisationen weit überschreitet. Diese Ungleichzeitigkeit bringt es mit sich, daß die Zapatistas gegen ihren erklärten Willen – in die Position einer *gesamtgesellschaftlichen Avantgarde* hineingedrängt werden. Und im gleichen Maße, wie die Zapatistas darauf angewiesen sind, daß sich die Aufstandsbewegung in den sozialen Kämpfen verallgemeinert, müssen sie immer wieder darauf beharren, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann und darf, solche Kämpfe zu initiieren, geschweige denn anzuführen. Gerade die relative politische Reife der zapatistischen Bewegung kann so auf Dauer ein Hindernis sein, ein Gleichgewicht zwischen den sozialen Bewegungen herzustellen, das unabdingbar ist für die Radikalisierung der sozialen Bewegungen und Klassenkämpfe in ganz Mexiko. Das praktische und taktische Verhalten der Zapatistas – zumindest ihrer Führung zeigt freilich, daß sie sich dieses Dilemmas bewußt sind: das Schicksal der zapatistischen Revolution liegt in den Händen jener Bewegungen und Kräfte, die in der Sprache der Zapatistas die Zivilgesellschaft bilden. Eine zapatistische Revolution in ganz Mexiko wäre ein Prozeß von Kämpfen und Bewegungen, in denen verschiedene einzelne Bewegungen ihre eigene Autonomie durchsetzen und verteidigen und in denen die Zapatistas als eine Bewegung neben anderen aufgehoben wären.

Bereits zu einem früheren Zeitpunkt haben wir hervorgehoben, daß schon der praktische Versuch, diese Elemente einer neuen revolutionären Praxis auch nur in Ansätzen Wirklichkeit werden zu lassen, von geschichtlicher Bedeutung ist. Im geschichtlichen Maßstab und in politisch-revolutionärer Hinsicht liegt die Bedeutung von Kämpfen und Bewegungen nicht in der

bestimmen oder bestimmen zu lassen. Wir wollten damit nicht die bisherigen Solidaritätsprojekte – insbesondere der Lateinamerikagruppen herabsetzen, sondern die *Richtung* unserer eigenen Initiative bestimmen: sie sollte der Richtung des zapatistischen Aufstandes selber folgen – vom lakandonischen Urwald nach Mexiko-Stadt, von Mexiko-Stadt in alle Welt, die USA und auch zu uns. Solidaritätsarbeit sollte unserer überzeugung nach ein Bestandteil der hiesigen politischen Praxis sein, und die Informationen über die zapatistische Bewegung könnten – so hofften wir wenigstens – hier und dort auch praktische übersetzung in Aktionen hier finden. Dieser Aufgabenbestimmung von *Land und Freiheit* lag als eine zentrale These zugrunde, daß die internationalen Klassenauseinandersetzungen und Befreiungsbewegungen immer weniger von den *Unterschieden* zwischen der sozialen Lage in den Metropolen und der sogenannten Dritten Welt als vielmehr von der *Angleichung der Kampfsituationen* geprägt werden. Daß der Aufstand der Indígenas so plötzlich eine zumindest politisch-sprachliche und symbolische Vermittlung fand, lag auch an der Modernität des Schreckens, den der Kapitalismus über Chiapas gebracht hat, an der Konfrontation zwischen zwei Welten, aus der etwas für uns Neues hervorging. Trotzdem war und ist uns der Unterschied klar, daß es dort zwar auch um einen Kampf von Proletarisierten gegen die Unterwerfung unter und gegen die Integration ins Kapital geht, aber daß dies ein anderer Prozeß ist als der von Menschen, die sich wie hier in den Metropolen – zunächst *gegen die kapitalistische Desintegration* wehren und ihre moralischen Maßstäbe von sozialer Gerechtigkeit zumindest im ersten Schritt der *Staatlichkeit kapitalistischer Wohlfahrt* entnehmen. Im Weltmaßstab begegnen sich so, ebenso wie im Mikromaßstab von Mexiko und Chiapas, zwei Welten unterschiedlicher Geschwindigkeit, und zwar durchaus auch als *Konfrontation*. Diese Konfrontation herbeizuführen, halten wir selber für notwendig: damit nicht die eine Bewegung Modell für die andere wird, sondern aus ihrem Aufeinandertreffen die gemeinsamen Möglichkeiten und damit auch die Schwäche des einen und einzigen Feindes durchschaubar werden.

Wir glauben, daß diese Erfahrung in den Köpfen vieler Menschen, die mit Neugierde und Sympathie die Ereignisse in Chiapas und ganz Mexiko verfolgt haben und weiter verfolgen, tatsächlich gemacht wird und daß die Ahnung dieser Gemeinsamkeiten dem eigenen Verhalten und Alltagsleben weit voraus ist. Daß sie sich nicht unmittelbar in Aktion umsetzt, bedeutet nicht, daß sie wirkungslos bleibt. Eher speichert diese Wahrnehmung selbstbewußter Kämpfe – die der eigenen Situation immer näher rücken, und in dieser Kette sind Aufstandsbewegungen wie die in Chiapas *und* etwa der Massenstreik in Frankreich nur zwei auseinanderliegende Glieder – schon Bilder einer vorweggenommenen eigenen Zukunft und ihrer Möglichkeiten. Das ist *Utopie im Zustand ihres Konkretwerdens*. Unsere eigenen Initiativen sind dieser Entwicklung immer um einen oder mehrere Schritte voran, greifen voraus, auch daneben, machen Vorschläge – und sind dabei doch *realistisch*: weil sie immer wieder die *Realität* danach befragen, wieweit sie mit der Ausarbeitung ihrer eigenen Ahnungen vorangekommen ist. Wenn unsere Erwartungen nicht erfüllt wurden, dann legen wir das deshalb nicht als bloße Illusion ab. Aber wir stellen uns, wie allen anderen, die in der Solidaritätsarbeit beteiligt sind, die Frage, inwieweit wir tatsächlich dem *Bedürfnis nach Autonomie*, wie es in den wirklichen Menschen hier vorhanden ist und wirkt, auch Sprache und Bilder gegeben haben.

Diese für uns entscheidende Frage können wir nicht beantworten; wir schauen nur selbstkritisch auf die diversen Szenen, in denen wir uns zum Teil bewegen, die nur im Zustand der *mobilsierten Selbstisolierung* politisch werden können und damit häufig genug unter den hiesigen Bedingungen das erschreckende Bild der mexikanischen Linken reproduzieren, das die Zapatistas mit beeindruckender Entschiedenheit demontieren. Zwischen zwar geduldiger Solidaritätsarbeit (von hier nach dort), die Informationen und Hilfsmittel transportiert, aber mehr die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten betont, und einem abstrakten Internationalismus ohne Unterschied und wirklich lebendiger, hörbarer und fühlbarer, also erlebbarer Gemeinsamkeit – zwischen diesen extremen Polen der Solidaritätsarbeit sehen wir zur Zeit nur ein Meer noch anonym bleibender Menschen, die zwar nach ihren Bedürfnissen befragt werden wollen, aber den Mund verschließen, aus dem allein sich die neue Sprache und der Klang einer befreienden Zukunft bilden können. Ob wir zuhören können oder es auch noch lernen, ob wir unsere eigene Wahrnehmung so verändern, daß wir davon heute im Alltag – und nicht unbedingt in den großen politischen Kampagnen, die oft ihren eigenen Inhalt übertönen – schon etwas knistern hören, – davon wird abhängen, inwieweit Internationalismus seinen Namen wirklich verdient.

Wir wollen niemand schelten und uns nicht bußfertig ins Ritual der Selbstkritik zurückziehen. Im Gegenteil ergibt sich für uns aus dieser wohl noch länger offen bleibenden Frage die Notwendigkeit, die angefangene Arbeit fortzusetzen; freilich erst einmal nur mit der weiteren Herausgabe von *Land und Freiheit*, und zwar in der uns möglichen Form. Wir werden uns wie bislang, sogar noch verstärkt, darum bemühen, den weitgestreuten Kreis der LeserInnen – auch darunter gibt es viele noch verschlossene Münder – zu verbreitern, ohne aber an unserer grundsätzlichen Orientierung auch nur einen Deut zu ändern. Weiter werden wir *Land und Freiheit* vor allem als Informationsmittel für alle an der Solidaritätsarbeit Beteiligten begreifen und deshalb auch an dem Austausch und der Diskussion der verschiedenen Gruppen teilnehmen. Nur werden wir noch stärker als früher, bei uns wie bei anderen, darauf achten, daß wir von unserer eigenen Praxis hier ausgehen und darüber auch Auseinandersetzungen führen wollen. Gerade weil wir in der Solidaritätsarbeit deutlicher als befürchtet gesehen haben, wieweit die Niveaus von Bewegungen wie der zapatistischen und unserer auseinanderliegen, fangen wir bei unserer Praxis selber an.

Das gilt nicht zuletzt auch für Momente, in denen wir Vorbehalte und Kritik an den Zapatistas äußern. Von einer traditionellen Haltung der *Nichteinmischung* halten wird nichts; gerade die internationale Bedeutung des zapatistischen Aufstandes verpflichtet zur Kritik. Aber diese kann und darf nicht in Allgemeinheiten revolutionstheoretischer Art steckenbleiben, sie muß im ersten Schritt eine selbstkritische überprüfung der eigenen Maßstäbe einschließen. Wir sehen keinen Grund darin, die zapatistische Bewegung zu verherrlichen und die reale Rückständigkeit im Emanzipationsprozeß zu beschönigen. So macht ein zapatistisches Programm – wie das im Gesetz der Frauen – noch keine Befreiung von Herrschaftsverhältnissen aus; nur das praktische Verhalten zu den programmatischen Zielen ist das Kriterium der Bewertung. Selbstkritische Aussagen sind ebenfalls nichtssagend, wenn nicht die dauernde Anstrengung sichtbar wird, die Grenzen des eigenen Verhaltens und Handelns zu überschreiten. Wir werden uns auch nicht damit begnügen, auf die *objektiven*

den Verdacht nahe, hier käme die EZLN unausgesprochen der Forderung des PRI-Regimes entgegen, sich in eine politische Partei zu verwandeln. Aber im gleichen Zug, in dem zur Bildung FZLN auferufen wurde, wurden Regeln für die Mitgliedschaft vereinbart, die jedes Auftreten als Partei auf den Ebenen der herrschenden (und beherrschten) Politik unterbinden: so zum Beispiel in dem Verbot, politische Mandate anzunehmen. Welche praktische Bedeutung der Bildung der FZLN zukommt, wird die Zukunft zeigen.

III. Das Kräfteverhältnis in der jetzigen Phase

Entscheidend für die Beurteilung und Bewertung dieser Bündnispolitik ist jedoch, ob sie schwerwiegende Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse der zapatistischen Bewegung hat. Davon ist nichts zu erkennen. Der Eindruck, den wir bislang gewinnen konnten, ist eher vom Gegenteil geprägt: von einer unverändert starken Anbindung der Repräsentanten der Bewegung an die sozialen Basisorganisationen und darüber hinaus eine so einfache wie klare Entschiedenheit der zapatistischen Gemeinden, nicht hinter den erreichten Stand zurückzugehen. Ohne diese Entschiedenheit der eigenen Basis wäre auch die politische Grenze des Regimes undenkbar: nicht daß die Zapatistas rein militärisch nicht zu besiegen wären; sie sind derzeit aus politischen Gründen militärisch nicht zu besiegen – denn der offene Krieg würde den zwar langsamen, aber tiefgreifenden Erosionsprozeß der politischen Macht enorm beschleunigen. Noch immer besteht für das PRI-Regime die Gefahr, daß ein solch offener Krieg doch den Steppenbrand entfachen könnte, auf den der Aufstand vom Januar 1994 vergeblich warten mußte.
Dennoch stellt der *Krieg niedriger Intensität*, der stattdessen auf allen Ebenen geführt wird, mehr als nur einen permanenten Belagerungszustand dar. Die sich dahinschleppenden Verhandlungen, in denen sich weder Substanzielles ergeben hat, noch ergeben wird, finden nicht zwischen einander gegenüberstehenden feindlichen Lagern statt: die zapatistischen Gemeinden stehen unter ständiger militärischer Bedrohung und Kontrolle, und statt befreiter Gebiete gibt es höchstens ein toleriertes staatsfernes Terrain, das den Gemeinden für die Dauer der Verhandlungen eingeräumt wird. Es ist bislang nicht entschieden, für welche der beiden Seiten die Zeit arbeitet. Daß es aber überhaupt noch einen Handlungsraum und damit auch einen gewissen zeitlichen Rahmen für die *Revolution niedriger Intensität* gibt, ist einzig und allein ein Resultat der militärischen Defensive, die die EZLN für sich als operativen Grundsatz bestimmt hat – und zwar nicht aus militär-taktischen, sondern aus politischen Gründen. Denn der offene Krieg stellt nicht nur für die PRI, sondern auch für die EZLN ein erhebliches Risiko dar, vor allem eine aufgezwungene *Militarisierung der Bewegung*, der alles zum Opfer fiele, was wir als die neuen Elemente einer revolutionären Praxis beschrieben haben. Im Krieg Anfang 1994 hat die EZLN diese Erfahrungen bereits unter den erbärmlichen Bedingungen des Rückzugs machen müssen, die zeitweilig einen durch die Not diktierten Rückschritt in der eigenen Praxis mit sich brachten.
Daß die Zeit ein strategischer Faktor ist, weiß auch das Regime, und es hat die militärische Defensive der EZLN dazu benutzt, um mit dem Alltagsregime von Repression und Korruption alle Bewegungen in Chiapas – die nur zum Teil unmittelbar mit der zapatistischen Bewegung verbunden sind – auch in eine *soziale Defensive* zu treiben: Repression durch das brutale Ende, das vom Militär den Landbesetzungen bereitet wurde; Korruption insbesondere durch den Versuch, mit Versprechungen unmittelbarer Konzessionen Bündnispartner der Zapatistas zum Bruch mit der Aufstandsbewegung zu bewegen. Der zeitweilige Erfolg, den das Regime damit hatte, weist auf die Gefahren für die Aufstandsbewegung und die mittelfristigen Ziele des Regimes hin: in allen Verhandlungen und in der öffentlichen Propaganda versucht die PRI, *den Aufstand zu regionalisieren, ihm seine politische Spitze, die auf das Herz der Staatsmacht in Mexiko-Stadt zielt, abzubrechen. Programm und Praxis sozialer Autonomie sollen umgedreht werden zur regionalen Autonomie eines indígenen Homelands*. Welche Mittel dem mexikanischen Staat dafür real zur Verfügung stehen, welchen ökonomischen und politischen Preis er dafür zu zahlen in der Lage ist, können wir nicht genau genug beurteilen. Auch wenn die zapatistischen Gemeinden davon wenig beeindruckt sein werden, könnte so eine Einkreisung stattfinden, die den Aufstand als *Kampf für die unmittelbaren Bedürfnisse* isoliert, weil dann die Alternative nur noch lauten würde: Minimale ökonomisch-soziale Hilfe oder offener Krieg.
Dieser Gefahr arbeitet die EZLN ausdauernd entgegen. Daß die Vertreter der Zapatistas immer noch in den Verhandlungen zäh an den über Chiapas hinausreichenden gesellschaftlichen und politischen Forderungen festhalten, ist dabei nicht abstrakte Prinzipientreue oder nur Sabotage des Dialogs mit der Macht; es ist die einzige Weise, in der die EZLN – übrigens sehr realpolitisch – den wirklich angestrebten Dialog mit den sozialen Bewegungen außerhalb Chiapas offen hält. So bleibt es bei einer grundsätzlich instabilen Situation, die nicht ewig fortdauern kann und in der alles darauf ankommt, ob die Revolution niedriger Intensität in gesamt Mexiko sich schneller ausbreitet als der Krieg niedriger Intensität in Chiapas. Und es bleibt dabei, daß zwar die soziale Polarisierung in gesamt Mexiko spürbar zugenommen hat, daß die Entschiedenheit des zapatistischen Widerstands diese Polarisierung politisch fördert und den Basisorganisationen einen gewissen, wenn auch oft nur symbolischen Orientierungspunkt bietet, – daß aber kein übergreifender Prozeß gesellschaftlicher Selbstorganisation erkennbar ist, in dem das mexikanische Proletariat in einer gemeinsamen Bewegung die Staatsmacht zerstören könnte. In dieser Phase ist für die Zukunft fast alles denkbar, *im schlimmsten Fall eine soziale Implosion*, in der das herrschende System alternativlos in sich zusammensackt und der soziale Krieg die offen militärische Form autoritärer Lösungsversuche annimmt.
Gemessen an der weder euphorisch noch pessimistisch zu bestimmenden offenen Situation nimmt sich die aus der Not geborene Taktik der Zapatistas fast schon wie eine politisch ausgereifte Strategie aus, die dem jetzigen Kräfteverhältnis und den wirklichen Klassenkampfverhältnissen in Mexiko angemessen ist und *die Zeit* als strategischen Faktor ernst nimmt. Aber auch dieser Eindruck stellt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf: nicht ein überlegter strategischer Plan – einer nach politischer Kontrolle greifenden Führung – liegt der Taktik der Zapatistas zugrunde, sondern einzig und allein *die Entschiedenheit ihrer eigenen sozialen Basisorganisationen, jeden gesellschaftlichen Dialog als Ergebnis des unmittelbaren Bruchs mit der Macht zu begreifen und zu führen.*

IV. Der internationale Kontext und die Grenzen unserer Solidaritätsarbeit

Erklärtermaßen haben wir es schon seit den ersten Aufrufen und Mitteilungen im Frühjahr 1995 abgelehnt, unsere eigene Intiative als ein weiteres Ditte-Welt-Solidaritätsprojekt zu

buchhalterischen Bilanz ihrer Erfolge oder zur Macht gewordenen sogenannten Errungenschaften, sondern in dem Maß an kollektiver Klassenerfahrung, das daraus entsteht und das immer weit über die Grenzen einer einzelnen Bewegung hinausgeht. So gesehen hatte die zapatistische Bewegung schon wenige Monate nach Beginn des Aufstandes viel mehr an Fragen, Einsichten und Perspektiven aufgeworfen, als in der jetzigen Phase im internationalen Maßstab zu verarbeiten ist. Wenn wir das *Neue* an der zapatistischen Bewegung hervorheben, dann auch um verständlich zu machen, weshalb dieser nur scheinbar lokal begrenzte Aufstand international so viel an Sympathie und zunächst einmal an überraschung hervorgerufen hat: Es ist eine Bewegung, *die exemplarisch Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart der geschichtslosen Neuen Weltordnung verknüpft* und ebenso exemplarisch in ihrer eigenen Sprache und Symbolik das *Bedürfnis nach Kommunismus* artikuliert.

II. Der Zwang zur Taktik und das Gespenst der Bündnispolitik

Die Grenzen der Aufstandsbewegung wurden ihr von außen gezogen. Der Aufstand vom Januar 1994 war als Fanal gedacht, als Funke, der in ganz Mexiko einen Steppenbrand auslösen würde; aber er wurde an den Grenzen von Chiapas gestoppt, auch wenn das plötzliche Auftauchen dieser Bewegung der mexikanischen Innenpolitik eine völlig neue Qualität der sozialen Konfrontation zuführte. Das Dilemma der Zapatistas bestand und besteht immer noch darin, daß sie zwar zur weiteren Erschütterung der PRI-Macht beitragen, daß aber eine soziale und politische Bewegung, die nicht nur diese Macht zum Einsturz bringen kann, sondern auch eine revolutionäre gesellschaftliche Alternative hervorbringt, ausbleibt. Wir halten es deshalb für einen Irrtum, die aus dieser Situation notgedrungen entwickelte Taktik, die verschiedenen Versuche von Bündnispolitik mit verschiedenen sozialen und politischen Kräften, als *Ausdruck einer konkreten und kohärenten Strategie* anzusehen. Ganz im Gegenteil zeigt die Doppelgleisigkeit der Zapatistas in der Bündnispolitik, daß sie auf der einen Seite alles versuchen, um ihr Terrain zu verteidigen, aber andererseits auch die zeitweiligen Bündnispartner mit den Maßstäben ihrer eigenen Bewegung kritisieren und herausfordern.

Diese Kritik kommt in dem wiederholten Appell an die sogenannte Zivilgesellschaft zum Ausdruck, Appelle, die auch als Aufruf zu verstehen sind, die in der zapatistischen Bewegung praktizierte Kritik der Politik umzusetzen, und unterhalb der Ebene von Staatlichkeit und Politik Prozesse von Selbstorganisierung (Autonomie) voranzutreiben, die im übergreifenden Sinne gesellschaftlichen Charakter annimmt. In einer anderen Sprache heißt das: *der Klassenkampf wird politisch, wenn Klasse gegen Klasse steht.* Zivilgesellschaft mag eine Konzession an die postmoderne Modesprache sein, aber im politischen System Mexikos kommt diesem Ausdruck eine ziemlich klare Bedeutung zu: denn nur in wenigen Ländern ist der Herrschafts- und Korruptionscharakter der verselbständigten politischen Apparate so handgreiflich wie in Mexiko, wo die jahrzehntelange Herrschaft der PRI ein scheinbar unendlich flexibles System von Integrationsmechanismen geschaffen hat, dem etliche Ansätze revolutionärer Parteien oder auch Guerillas zum Opfer gefallen bzw. in die Arme gelaufen sind. Sich auf dieser Ebene der politischen Macht entgegenzustellen, bedeutet schon im Ausgangspunkt, ihre Spielregeln und damit ihre Hegemonie zu akzeptieren. Dazu gehört insbesondere der Antiimperialismus (gegen die USA) als Legitimations ideologie, sowie die schon seit 1968 verblassenden Mythen der mexikanischen Revolution – die aber als *sozialer Mythos* bei den Campesinos, proletarischen Schichten und teilweise den Indígenas prägend geblieben sind: nämlich als sozialer Mythos einer in der Staatsmacht erstarrten, verratenen, enteigneten oder schlicht unvollendeten Revolution. Mit dem besonderen Hintergrund des eigenen historischen Bewußtseins der Indígenas, ihren kollektiven Mythen vom fünfhundertjährigen Kampf, vermittelt sich dieser Appell an die sozialrevolutionäre Tendenzen historischer Kämpfe in der Propaganda der Zapatistas für eine Demokratie, die als *Volkssouveränität* und gesellschaftliche Autonomie interpretiert wird, wie es Generationen proletarischer Bewegungen immer getan haben, ohne dabei auch nur einen Funken Illusionen in die bürgerliche Politik gehabt zu haben.

Diese, europäische Beobachter oft befremdenden Elemente in der zapatistischen Propaganda sind in Wahrheit ihre stärksten: sie rufen zum Bruch mit der Politik auf, ohne den Herrschenden die Symbole einer revolutionären Befreiung zu überlassen. Die übergabe der mexikanischen Fahne an die Delegierten des CND hatte diese symbolische Bedeutung – den Herrschenden ihre ideologische Legitimation zu entwenden und den eigenen Kampf auch als Kampf für ein historisches Selbstbewußtsein zu führen, der unter den heutigen Bedingungen einer jahrzehntelangen Unterwerfung ein Ende bereitet. Demgegenüber zeigen sich freilich die gesellschaftlichen Kräfte, an die die Zapatistas appellieren, noch immer mehr oder weniger unfähig, der Politik und damit der Integration in die Mechanismen der Macht ein Ende zu bereiten. Dennoch sind diese Appelle nicht immer vergeblich, ihre Wirkung zeigt sich nur nicht in abrupten Brüchen, sondern in weitverzweigten Auflösungsprozessen der politischen Macht (so wie der Einfluß der zapatistischen Bewegung auf die soziale Basis auch der PRD in der Region eher größer geworden ist als die Kontrolle der Partei mithilfe des üblichen Klientelwesen.) Jeder Schritt, den die Zapatistas in der Bündnispolitik unternommen haben, ist deshalb nicht nur notgedrungene Maßnahme in einer Kampfsituation militärischer und politischer Defensive, sondern auch ein Vorantreiben jenes langwierigen – und offensichtlich unerwartet zähen Prozesses, in dem die sozialen Bewegungen und Organisationen in Mexiko erst nachholen müssen, was sich innerhalb der zapatistischen Bewegung (ebenso langwierig) herausgebildet hat.

Auch die Gründung der FZLN, die ja schon in der Frage der Consulta angelegt war, ob sich die EZLN in eine unabhängige politische Kraft verwandeln solle, ist unserer Meinung nach nur in diesem Verhältnis von Eigenständigkeit, Taktik und Bündnispolitik zu verstehen und zu beurteilen. Einerseits weist diese Paarung von EZLN und FZLN auf das traditionelle Schema nationaler Befreiungsbewegungen hin; sie legt auch

Bedingungen zu verweisen, um die Unvermeidlichkeit von emanzipatorischen Rückschritten zu begründen. Objektive Bedingungen gibt es nur *vor* und *nach* der Anstrengung, sie zu verändern. Alles in allem kommen wir aber in fast allen kritischen Fragen zu dem Schluß – und damit zu der vorläufigen Bilanz – daß die Zapatistas sich genau in dieser Weise ihren Problemen stellen und daß sie genau dort, wo sich ihnen scheinbar unveränderbar objektive Handlungsgrenzen entgegenstellen, *gesellschaftliche Kampf- und Kräfteverhältnisse* thematisieren und jene zur Veränderung aufrufen, die dies auch können. Das gilt für die sozialen und politischen Oppositionsbewegung in Mexiko außerhalb Chiapas; und das gilt für den internationalen Zusammenhang.

Internationalismus heißt in dieser Situtation nicht nur, daß wir die Aufrufe aus dem lakandonischen Urwald als Appell an unser eigenes Handeln verstehen. Es heißt auch, im selben Maße, wie wir unsere eigenen Möglichkeiten hier, in dieser kapitalistischen Metropole einschätzen und wahrnehmen können, Bewegungen wie den Zapatistas ein realistisches Bild von den sozialen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen hier zu vermitteln. Wir haben einige Zweifel daran, ob diejenigen Teile der Linken, die sich zeitweilig sehr aktiv an der Solidaritätsarbeit beteiligt haben, dieser Aufgabe gewachsen ist. Jedenfalls glauben wir nicht, daß die Zapatistas oder andere Befreiungsbewegungen auf Dauer ein klares Bild von den Verhältnissen in den kapitalistischen Metropolen gewinnen können, wenn sie sich auf Einschätzungen stützen müssen, in denen der *konkrete Zusammenhang von Klassenkampf und Emanzipation* nicht (mehr) hergestellt wird.

BEZUG VON LAND UND FREIHEIT

FÜR 3 MONATE (5 Ausgaben)	FÜR 6 MONATE (10 Ausgaben)
( ) je 1 Exemplar = DM 10,-	( ) je 1 Exemplar = DM 20,-
( ) je 10 Exemplar = DM 40,-	( ) je 10 Exemplar = DM 80,-
( ) je 20 Exemplar = DM 70,-	( ) je 20 Exemplar = DM 140,-

Bitte entsprechenden Betrag bar oder in Briefmarken der Bestellung beilegen. Einzahlungen auf das Postbankkonto: Hanna Mittelstädt, Nr. 2157 32-204, BLZ 200 100 20 Postscheckamt Hamburg; Stichwort: Abo LuF. Genaue Absenderangaben nicht vergessen!
Für die schwierige Situation in Chiapas sind weitere Spenden wichtig! Bitte diese auf dasselbe Postbankkonto mit dem Stichwort „Spende Chiapas" überweisen. Bitte besonders bei Abo-Bestellungen die Absenderangabe mit vollständiger Adresse nicht vergessen!

Sonderblätter der Zeitschrift Die Aktion. Redaktion und Verlag: Edition Nautilus, Am Brink 10 / 21029 Hamburg. Tel: 040 / 7213536. FAX: 040 / 7218399. Presserechtlich verantwortlich: Lutz Schulenburg, Hamburg. Wer das Erscheinen dieser Blätter unterstützen möchte, überweist seine Spende auf das Postgiro: H. Mittelstädt, Konto-NO. 2157 32-204, BLZ 200 100 20 Postscheckamt Hamburg; Stichwort:Chiapas.



1. Europäischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus



30. Mai -2.Juni 1996 in Berlin

Vom 24.- 25. Februar fand in Locarno (Schweiz) ein Treffen der europäischen Solidaritätsgruppen mit Chiapas statt. Anwesend waren VertreterInnen aus Spanien, Frankreich, Belgien, Italien, Schweiz und Deutschland. Dabei wurde über den Vorschlag der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN, ein kontinentales Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus in Berlin durchzuführen, diskutiert. Wichtigstes Ergebnis ist, dass alle europäischen Solikomitees in ihren Ländern Gruppen, Kollektive und Einzelpersonen zur Teilnahme aufrufen. Das Europäische Treffen ist nicht als reine Solidaritätsveranstaltung gedacht, sondern als Diskussionsforum, auf dem vor allem auch über die Kämpfe und Widerstände gegen die Neue Weltordnung und über unsere Utopien geredet wird. Im Vordergrund steht dabei nicht das Konsumieren von politischen Stellungnahmen, sondern das Zusammenkommen und Austauschen unserer Erfahrungen, das Erarbeiten von Gemeinsamkeiten und Unterschieden unserer jeweiligen Situationen, Widerstandsformen und Perspektiven.



Ueber die Form und den Ablauf des Treffens bestehen bereits konkrete Vorschläge, die am Mittwoch, den 6. März `96 in Berlin besprochen, erweitert und ausgearbeitet werden sollen. Eingeladen sind alle, die sich informieren, inhaltlich und/oder sich an der technischen und organisatorischen Durchführung beteiligen wollen. Für alle Anregungen, Ratschläge und Kritiken sind wir dankbar.





Kommt alle zum Vorbereitungstreffen am Mittwoch, den 6. März um 19.30 Uhr in den Versammlungsraum der SFE (Mehringhof, Aufgang 3, 1. Stock) oder meldet euch bei uns:



Solidaridad Directa und Mexico-Gruppe im FDCL
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel. (montags ab 20.00 Uhr):6934029 Fax:6926590



"Wenn sie das Maul aufmachen, haut ihnen ruhig eins drauf!"

Funkmitschnitte dokumentieren die rassistische Menschenjagd des BGS im Dreiländereck

aus: *Ein Loch in der Zensur*, Feb. 96

Anläßlich des Jahrestags der Reichspogromnacht startete das Flüchtlingsplenum am 9.11.1995 die Aktion *"Der BGS - Voll im Bild"*, in der zur Dokumentation der BGS-Praktiken aufgerufen wurde (vgl. LiZ 60).
Den Hintergrund bildete die zunehmende Jagd auf nichtdeutsche Menschen seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts. Im Zuge des "Schengener Abkommens", das die Binnengrenzen der Festung Europa zu öffnen vorgab, wurden die Kontrollen von der eigentlichen Grenzlinie ins Vorfeld der Grenze ausgedehnt. Der BGS erhielt innerhalb dieses Grenzgebiets weitreichende Kompetenzen und darf auf der Suche nach *"illegalen Einwanderern"* ohne größere Einschränkungen kontrollieren, durchsuchen und in Wohnungen eindringen. Zusätzlich übernahm er die Aufgaben der Bahnpolizei und führt rassistische Kontrollen in Zügen und Bahnhöfen durch.
Die Westgrenze dient darüber hinaus zur Ausbildung und Einarbeitung von BGS-Neulingen, die an der Ostgrenze eingesetzt werden sollen. Dort läuft die Menschenjagd ungleich brutaler ab. Flüchtlinge werden mit fast schon militärischen Mitteln gejagt, zurückgeschoben und nicht selten mißhandelt. Für andere endet der Fluchtversuch mit dem Tod. Die Aachener Grenzen dürfte, so ist zu vermuten, nicht zuletzt dem Scharfmachen der späteren Osteinheiten dienen.
Die Lokalpresse übernimmt völlig unkritisch die Selbstdarstellung des BGS und ruft die Bevölkerung zur Denunziation verdächtiger Nichtdeutscher (mit angegebener BGS-Telefonnummer) auf. Eine kritische Untersuchung der BGS-Praktiken an der deutschen Westgrenze gibt es bislang nirgends.
Die Aktion des Flüchtlingsplenums hat immerhin dazu geführt, daß einige anonym zugesandte Funkmitschnitte den rassistischen Alltag des Aachener BGS belegen. Sie sollen im Rahmen einer Veranstaltung am 30. Januar (während diese Zeitung bereits im Druck ist) der Öffentlichkeit übergeben werden. Eine eine Ausstellung wird die Presseberichterstattung über den BGS - regional wie überregional - beleuchten. Mit dem Film *"Tod in der Neiße"* soll auf die Situation an der Ostgrenze eingegangen werden.

Die Funkdokumentation macht deutlich:
Die BGS-Kontrollen werden in Aachen von zwei Zentralen (mit der Bezeichnung *"Argus 58"* und *"59"*) koordiniert, die an den beiden Autobahngrenzübergängen untergebracht sind und per Computer jederzeit Zugriff auf mehrere Fahndungsdateien und das Ausländerzentralregister (AZR) haben. Zivilstreifen (mit der Bezeichnung *"Anke"*) patrouillieren über die Autobahnen und die grenznahen Autobahnparkplätze, lauern an den kleineren Grenzübergängen, grenznahen Ausfallstraßen, kontrollieren die grenzübergreifenden Waldgebiete (etwa am Waldstadion) und angrenzende Wohngebiete. Hinzu kommen Straßenkontrollen, die so postiert sind, daß die Einreisenden nicht über Parallestraßen ausweichen können. Eine der häufigsten Standorte hierfür ist die Ecke Vaalserstraße/Alte Vaalserstraße, wo im Januar eine Zunahme der Kontrollen beobachtet wurde. Hinzu kommen massive Kontrollen des grenzübergreifenden Zugverkehrs und die Selektion *"illegal Einreisender"* auf den Aachener Bahnsteigtreppen.
Kontrolliert wird nach rassistischen Gesichtspunkten. Menschen mit dunklerer Hautfarbe sind grundsätzlich verdächtig und werden gezielt herausgewunken, durchsucht und teilweise bereits festgenommen, bevor ihre Personalien überhaupt in die Dateien der Zentrale eingegeben sind: *"Der sieht so nach türkisch aus"*, heißt es, und: *"[Hast du den] Cabrio Mercedes gesehen? Den holen wir uns. Da sitzt ein Neger drin."* Der rassistische Sprachgebrauch wird als Motivation für die Truppe nicht nur geduldet, sondern durch die Anweisung der Funkzentrale noch aufgeheizt: *"Der gehört zu dem Bimbo mit dem SL"* lautet die Antwort auf die Frage einer Streife: *"Was liegt denn vor?"* Erklärungen und Einwände der Betroffenen zählen nichts. Zuweilen werden sie nicht einmal gefragt. Nicht einmal die Aufenthaltspapiere können von den meisten Streifen richtig gedeutet werden. Im Zweifel wird festgenommen.
Stellt sich heraus, daß die Kontrollierten *"aufenthaltsberechtigt"* sind - und dies ist bei der überwiegenden Zahl der Kontrollen der Fall - so heißt es: *"Schade."* Banalitäten wie abgefahrene Reifen oder Unstimmigkeiten aufgrund der widersprüchlichen internationalen Führerscheinbestimmungen bieten dann den Vorwand für Schikanen. Der befohlene und anschließend überwachte Kauf neuer Reifen wird zur finanziell schmerzlichen Ersatzstrafe. Ergibt sich die Möglichkeit, werden Fahrzeuge konfisziert.
Festnahmen und Abschiebungen werden mit militaristischen Begriffen (*"Treffer"*) bezeichnet und mit *"Herzlichen Glückwunsch!"* gelobt. Es herrscht Jagdstimmung, wie es der witzelnde Reim eines Grenzschützers auf den Punkt bringt: *"Wer hetzt Indianer durch die Eifel? Ein Menschenjäger, ohne Zweifel."* Die Jagd wird als eine Art sportlicher Wettbewerb begriffen. *"Bei uns gibt es kein Konkurrenzdenken, haha"*, funkt eine konkurrierende Streife hämisch dazwischen, als sie den Festnahme-"Erfolg" ihrer Kameraden mithört.
Bemerkungen wie *"Ihr könnt schon mal den Knüppel rausholen"* lassen auf eine permanente Gewaltbereitschaft schließen und den Verdacht aufkommen, daß auch Mißhandlungen zur Praxis des Aachener BGS gehören. Auch die rassistische Gewaltbereitschaft wird durch Anweisungen der Zentrale aufgeheizt: *"Wenn sie das Maul aufmachen, gebt ihnen ruhig eins drauf!"*
Erst der genaue Wortlaut des Funkverkehrs zeigt, wie selbstverständlich und alltäglich diese Menschenjagd abläuft. Wir werden daher einige längere Passagen der Bänder dokumentieren. Wir denken, daß sie keiner weiteren Kommentierung mehr bedürfen und die Frage aufwerfen, wie die Menschenjagd erschwert und ein ungehinderter Grenzübertritts für die Gejagten ermöglicht werden kann. *to*

Die ausführlichen BGS-Protokolle finden sich im Ordner

Lübeck

Versuch einer Kritik der ak kassiber - Veranstaltung

Ich habe mehr erwartet als seitenlange Schachtelsätze zur deutschen Volksgemeinschaft. Wer glaubt, auf einen dermaßen zum Selbstfreispruch umgeschriebenen rassistischen Brandanschlag allein mit einer Ergänzung der immerselben Papers über die großdeutsche Gesamtpolitik um ein weiteres Verbrechen reagieren zu können, hat irgendwie etwas verpennt: daß es hier nämlich nicht um Dokumentation geht und nicht um Verstehen mit dem Zweck, das Sündenregister der BRD theoretisch korrekt fortschreiben zu können, sondern um praktische Hilfe! Die Notwendigkeit der Selbsthilfe haben aber nur die Leute von Café Morgenland ausgesprochen. Ansonsten lag das Interesse der RednerInnen und ZwischenfragerInnen mit deutschem Paß nicht auf der Situation der Überlebenden des Anschlags und von Kriminalisierung bedrohten Opfer, auch nicht auf der Situation der potentiellen Opfer weiterer Anschläge oder der zahllosen von Abschiebung bedrohten, sondern -- wie das Kaninchen vor der Schlange -- mit aufgerissenen Augen und Mündern auf Deutschland, was immer das auch sein mag. Wie die Schilderung einer übergroßen anonymen Bestie, die ihre Finger überall drin hat und deswegen auch die Erklärung für jedes Verbrechen liefert, hörten sich diese "Analysen" an. Nun ist es ja leider so, daß sich MigrantInnen in dieser Lage befinden, aber wer als DeutscheR meint, das Übernehmen der Perspektive der Bedrohten sei eine Solidarisierung, handelt nur noch auf ideologischem Terrain: eine praktische Unterstützung ist damit vom Tisch geredet, denn wenn das so ist, dann können wir ja nur noch beten. Diese Art von "Argumentation" auf dem Niveau satanistisch-verkitschter Trivialmythen hat weder den Zweck, das zu entlarven, was ohnehin alle wissen, noch ist sie einer politischen Praxis nützlich, die hier selbstverständlich sein sollte und die deswegen auf der Veranstaltung auch nicht zur Sprache kam: Ein Ende des rassistischen Umgangs mit Flüchtlingen, eine Auflösung der Lager, ein Ende der Isolierung in unbewohnbaren Wohnheimen. Konkrete Kämpfe für gleiche materielle, politische und Aufenthaltsrechte... eine Organisierung von Gegenwehr gegen rassistischen Terror... Widerstand gegen die Kriminalisierung der lübecker Opfer und gegen den Medienterror gegen sie... Absolut null! Keiner und keinem fiel dazu mehr ein als eine bundesweite Demo für die Freilassung von Safwan Eid, eine schlappe Geste. Denn wer sich an die Demo vom 20.1. erinnert, wird sich lebhaft vorstellen können, wie für die Freiheit dieses politischen Gefangenen einige hundert, vielleicht auch tausend MigrantInnen, Antifas, Antiras und die bibeltreuen Antideutschen auf die Straße gehen -- zu einem Zeitpunkt, wo die Isolierung längst gegriffen hat, weil außer der Demo nichts läuft. Niemanden scheint vor lauter Verbalakrobatik zu interessieren, wie mensch die Opfer aus den Kasernen holen und vor Abschiebung schützen könnte!

Der Punkt ist, daß Safwan Eid im Knast eingemauert ist, daß sich kein Mensch mit Haftvorwänden und -bedingungen befaßt! Daß die Opfer des Brandanschlags von Kriminalisierung bedroht und isoliert sind, z.T. schlimmer als vor dem Anschlag! Daß sich an der Situation anderer AsylbewerberInnen nichts geändert hat! Daß Lübeck noch heute wieder passieren kann! Daß sich zwar im Mehringhof noch einige Leute treffen, aber nicht vor den "Wohn"heimen und nicht vor den Abschiebeknästen! Daß sich keineR mehr an Mannheim erinnert. Daß der lübecker Bürgermeister Bouteiller, dem die Menschlichkeit durchgegangen ist -- ein bei PolitikerInnen selten zu beobachtendes Phänomen --, keine Unterstützung erhält, dafür aber tausende Schmäh- und Drohbriefe rassistischer und faschistischer Deutscher. Daß er inzwischen für die lübecker CDU und Teile seiner SPD-Fraktion als nicht mehr tragbarer Verräter gilt. Daß der Rep-Vorsitzende Rolf Schlierer es sich inzwischen sogar leisten kann, Bouteiller deswegen anzuzeigen. Daß heute (26.2.), kaum fünf Wochen (!) nach dem Anschlag, die "Ermittlungen" bereits kurz vor dem Abschluß stehen können und ein Schauprozeß gegen Safwan Eid vorbereitet wird. Diejenigen, die mit der Bad Kleinen-Analogie hausieren gehen, sollten sich mal fragen, warum das bei Wolfgang und Birgit nicht so schnell gehen konnte! Kommt doch endlich mal runter von eurem Verlautbarungspolitik-Trip!

Die Darstellung der Haltlosigkeit des Konstrukts von Bullen und Staatsanwaltschaft gegen Safwan Eid wurde von einigen ausländischen GenossInnen unterbrochen, die in ihrem Begreifen und Handeln schon viel weiter sind: Wer rassistische Bedrohungen am eigenen Leib erfahren hat und damit die richtige Erklärung kennt, braucht die logische Widerlegung der falschen Erklärung nicht mehr. Wer von dieser Erfahrung verschont und sogar potentieller Täter ist, braucht sie umso mehr. Wobei, selbstverständlich, diese Widerlegung so ansetzen muß, daß es den Bullen nicht möglich ist, statt Safwan Eid ein anderes Opfer zum Täter zu machen.

Fast vom Stuhl gehauen hat mich dann aber, wie "zuvorkommend" die deutschen Antideutschen diese Kritik aufgenommen haben: In Eurer Entgegnung fiel dann auf einmal jeder Bezug zum Alltag weg, und das Ergebnis der Ermittlungen war eine reine Glaubensfrage: Das Ergebnis von Lübeck hat nichts mehr damit zu tun, was tatsächlich passiert ist, sondern folgt aus dem Katechismus der deutschen Antideutschen. Tenor: Deutschland ist böse, wir haben es schon immer gewußt, also ist es auch diesmal so. Daß Pfaffenkategorien wie gut&böse nichts mit ner revolutionären Politik zu tun haben, sollte eigentlich jedeR, die/der sich nicht bloß hinterm

Schreibtisch verkriecht, schon mal gemerkt haben. In dem Moment, wo das Interesse für Tatsachen ausgegrenzt oder verboten wird, geht der Schuß nach hinten los: Es stimmt einfach nicht, daß Leute, die sich dafür interessieren, was in der Nacht wirklich passiert ist, die Annahme gelten lassen, es könnte so gewesen sein, wie es Bullen und Staatsanwaltschaft behaupten. Im Gegenteil, die wird ja gerade durch Tatsachen widerlegt. Aber für wen die Schlüsse aus dem antideutschen Konzept höher stehen als die Tatsachen, die/der labert nicht nur unnütze Selbstentschuldigungen, sondern macht auch die Wirklichkeit zu einer Meinung. Und genau das ist bösartigste Verharmlosung. Das tun die Bullen mit ihrem Konstrukt auch schon. Ist das Interesse am tatsächlichen Geschehen erst mal abgewürgt, hilft es auch nichts, die Inhalte zu verdrehen. Denn in Glaubensfragen gewinnt bekanntlich nicht die "glaubwürdigere" Seite, sondern die stärkere. Und das sind weder die AsylbewerberInnen noch die Linke. Im Gegenteil dienen solche Beschwörungen der bürgerlichen Presse von Mariam Niroumand (taz) bis Frank Schirrmacher (FAZ) dazu, auf alles, was sich an Kritik regt, mit den Kampfbegriffen der Voreiligkeit und des Alarmismus einzukloppen. Die GenossInnen von der Afrikanischen Gemeinschaft und vom lübecker Bündnis gegen Rassismus haben das selbst erfahren müssen, als am 20.1. K-Sekten versuchten, die Demo für sich zu instrumentalisieren. So konnten die LübeckerInnen, die auf ihrem Flugi schrieben: "Alles deutet auf einen faschistischen Mord hin" (19.1.), von mit dem Vorwurf denunziert werden, sie würden "die Situation für politische Propaganda ausnutzen." Oder Ignatz Bubis, der von hamburger Studierenden als "Anwalt der Mörder" beschimpft wurde -- wirklich ein gefundenes Fressen für die feuilletonistischen Anti-Antifas und RassistInnen!

Wer ein wirkliches Verbrechen nur als Beleg für ihre/seine "anti"-deutsche Identität zur Kenntnis nimmt, erklärt fälschlicherweise die eigene Möglichkeit zum Widerstand für unmöglich, indem sie/er sich damit abfindet, die Übergröße des Molochs Deutschland zu beschwören. Für jedeN, die/der selbst dazugehört, ist das Heuchelei. Wer sich nur ideologisch aus der Wirklichkeit herauswindet, daß sie/er Teil des Problems ist, benutzt das als Rechtfertigung dafür, daran in der Praxis nichts zu ändern. Im Gegenteil, die Eroberungen des öffentlichen Bewußtseins durch die vierte Gewalt im Staat werden kampflos hingenommen. Denn was einmal in den Zeitungen gestanden hat, ist nicht mehr zu ändern -- von wegen, gerade jetzt ist Aufklärungsarbeit nötiger denn je! Und zwar BEVOR es die Bullen und der Spiegel wie bei Bad Kleinen so hinkriegen, daß jede Recherche nur noch als Meinung wahrgenommen wird! In einigen Jahren kann jedeR daherlügen, sie oder er habe von nichts gewußt, -- jetzt haben wir die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß das nicht geht. Ich halte die Veröffentlichung der Wirklichkeit als Ausgangspunkt für solidarischen Widerstand für wichtiger als jedes noch so intellektuelle Thesenpapier mit null praktischer Solidarität und null politischer Arbeit dahinter.

In Sachen Aufklärung: Wie ihr den Menschen von der jungen Welt niedergebügelt habt, um nach der oben beschriebenen Reaktion einiger MigrantInnen wieder ein gutes Gewissen zu bekommen, hat mich schockiert: Habt ihr selbst nie dazugelernt? Habt ihr immer Verbrechen ohne jede Recherche für Verbrechen gehalten? Seid Ihr als Antideutsche geboren? Oder verschweigt ihr nur, daß ihr noch als Säuglinge die deutsche Staatsbürgerschaft verpaßt bekamt? Warum suggeriert ihr mit der Unterstellung, ihr wüßtet alles auch so, bei euch wäre das schon immer so gewesen?

"Das Publikum hier ist doch bloß geil auf Information" sagte einer ohne deutschen Paß während der Veranstaltung. Ich möchte da noch einen draufsetzen: Das (wohl zu 95% deutsche) Publikum ist erst recht geil auf die "richtige" politische Position, nämlich die, die erlaubt, sich selbst zu suggerieren, mensch hätte mit solchen Sachen nichts zu tun (weil mensch sich natürlich nicht als stolzeN DeutscheN empfindet), und könnte die Geschichte mit oder ohne bundesweite Demo für die Freilassung von Safwan Eid als persönlich erledigt betrachten.

Zum Schluß ein paar Binsen, auch wenn es peinlich ist, daß mensch sowas überhaupt sagen muß: Es kommt mir nicht mehr auf die "richtige Theorie" an -- Widerstand ist kein Schreibtischjob und findet nicht auf dem Niveau von Begriffen statt. Jetzt ist praktische Unterstützung nötig: Wenn die deutsche Linke zum 18.1. nicht mindestens soviele Leute auf die Straße kriegt wie zum 13.6., dann zeigt sie, daß es ihr dadrum nicht geht -- und mir ist es scheißegal, ob das an durch antideutsche Gesinnung mit deutschem Paß gerechtfertigtem Nichtverhalten oder an rassistischem Desinteresse liegt.

Warum ich das schreibe? Ich fühle mich auch persönlich bedroht und mag weder von Faschos oder AlltagsrassistInnen oder stolzen Heteros auf der Straße oder im Haus bedroht werden noch irgendwann im KZ landen, weder mit nem roten noch mit nem rosa Winkel! Ich habe erfahren müssen, daß mein deutscher Paß dagegen nicht hilft. Ich will mich lieber dagegen wehren, als stundenlang heiße Luft zu reden -- völlig wurst, ob das jetzt Nazis und/oder staatliche Politik sind, völlig wurst, ob andere bedroht sind oder ich. Mag sein, daß das für euch blinder Aktionismus ist, aber für mich ist es in der jetzigen Situation keine Perspektive, mit aufgerissenen Augen vor einer zum Teufel verzeichneten Wirklichkeit zu versteinern und ein Volksgemeinschaftspaper nach dem anderen anzuhören!

einer aus unabhängigen berliner Antifazusammenhängen

Zu den Vorfällen in der Köpi am 23.2.96

Im Vorfeld des Konzertes wurden einige Punx von den East-Side-Wagenburgen von Mitgliedern der polnischen Band, welche an diesem Abend spielen wollten, als Nazi-Punx dargestellt. Diese Nazi-Punx flogen z.B. in Polen schon aus Häusern und Wagenburgen weil sie durch ihr asoziales Verhalten ein Zusammenleben verhindern.
Daraufhin wurde der Band mit physischer Gewalt gedroht sollten diese in der Köpi spielen. Bei den folgenden Auseinandersetzungen gab es Verletzte durch Schläge mit Flaschen und Tritten. Letztendlich konnten die Agressoren nachdem sie noch die Köpi-Crew angriffen des Saals verwiesen werden.
Doch ist das Problem mit einem Köpi-Verbot nicht aus der Welt. Wir wollen uns unsere Freiräume nicht zerstören lassen egarl von wem.
KEINE ZUSTÄNDE WIE IN HANNOVER!
KEINE KOMPROMISSE, KONSEQUENT GEGEN MACHOS, STÖRER UND SPALTER!

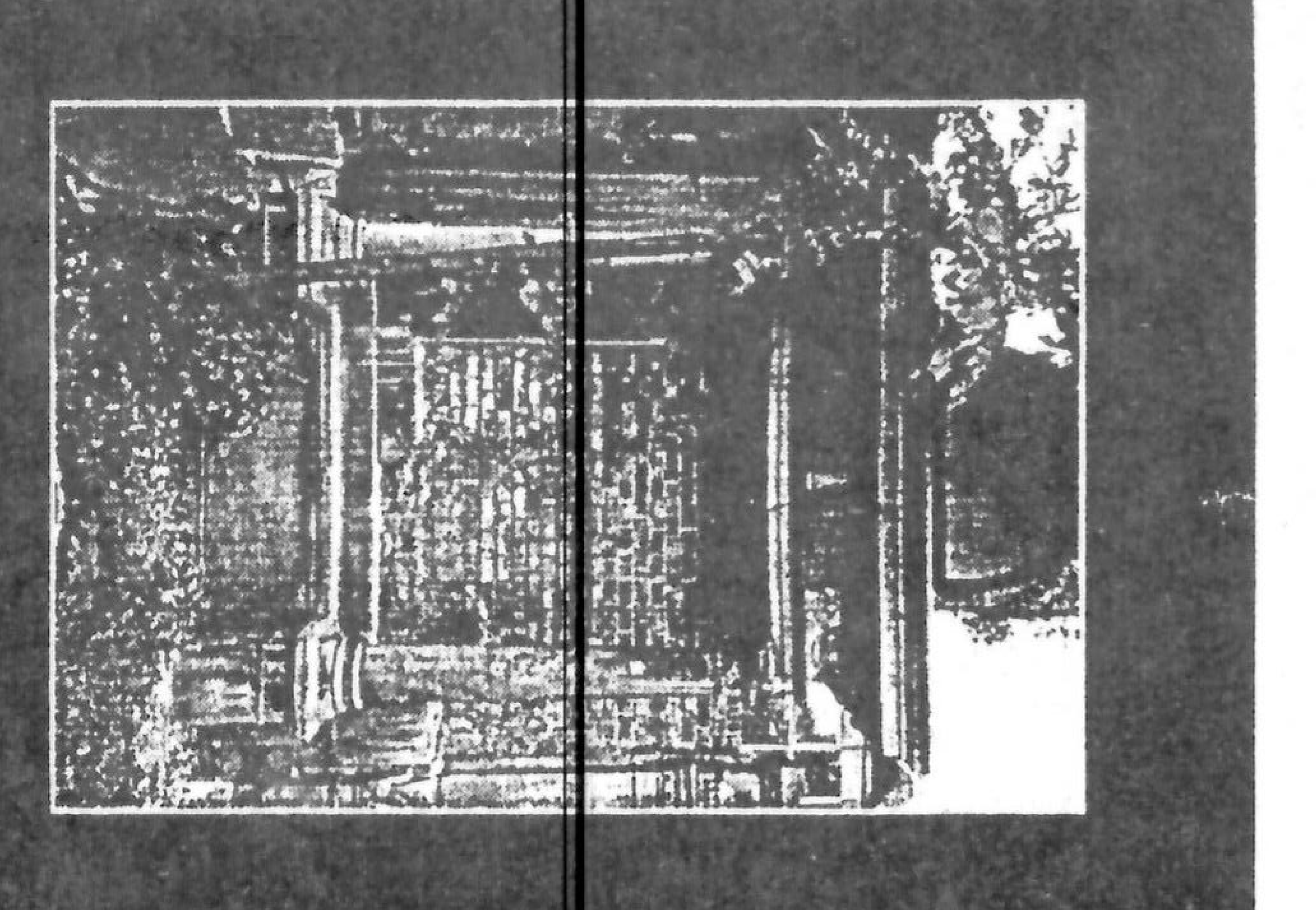
einpaaranwesende

Aus dieser kurzen Darstellung wurde uns nicht ganz klar, was nun eigentlich genau in der Köpi geschehen ist und welches die Hintergründe sind. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn Ihr Euch dazu nochmal äußern würdet, vor allem da Ihr die Punx von der East-Side als Nazis bezeichnet???! d. red.

zur Fritzlaerstr. Frankfurt/M.

wir haben am frühen abend des 8.2.96 einen teil der großbaustelle auf der senckenberganlage verwüstet und auf die straße geschafft, sodaß der verkehr in beide richtungen für eine ganze weile zum erliegen kam, sowie parolen gesprüht und ein transparent hinterlassen.
wir reagierten damit auf die jüngsten angriffe der verfolgungsbehörden, die mitte dez. 4 bewohnerInnen des nunmehr seit 1 1/2 kriminalisierten wohnprojekts fritzlaerstr. in beugehaft steckte, weil sie nicht mit dem staatssch(m)utz zusammenarbeiten wollten und keine aussagen machten. eine person (conny) ist nach 2 monaten rausgekommen, die anderen sitzen für 5 monate.

UNTERSTÜTZEN WIR DIE BETROFFENEN IN IHRER HALTUNG SICH NICHT ERPRESSEN ZU LASSEN!
WEG MIT DER BEUGEHAFT!
LIEBE GRÜSSE & KRAFT AN JENS, NIK UND PETRA!



Juden in der DDR

Über das Verhältnis der SED zu den jüdischen Gemeinden und dem Staat Israel.

Vortrag und Diskussion mit

Mario Keßler

Historiker

Moderiert von der Antifaschistischen Aktion Berlin.

Eine Veranstaltung aus der Reihe »Der DDR-Antifaschismus«

4. März 1996 · 19.30 Uhr


im Kulturhaus Mitte · Rosenthaler Straße 51 · Berlin-Mitte (U8-Weinmeisterstraße)

Antifaschistische Aktion Berlin, organisiert in der Antifaschistische Aktion Bundesweite Organisation

Gegenstand dieser Veranstaltung ist die SED Politik gegenüber den Juden bis zum israelisch-arabischen Krieg vom Juni 1967. Im Verständnis der SED-Führung galten vorrangig die aktiven Mitglied der jüdischen Gemeinden als Juden. Doch läßt sich e spezifische Politik gegenüber Menschen jüdischer Herkunft (auch Parteimitgliedern) wie gegenüber de Staat Israel beobachten, die eine eigenständige Untersuchung rechtfertigt. Diese Politik bewegte sic zwischen zeitweiliger Repression (1952/1953) und schließlicher Toleranz.

Sinn und Zweck unserer Reihe »der DDR-Antifaschismus« und speziell dieser Vera staltung ist allerdings keine »Abrechnung« mit der SED/DDR. Wer eine Verurteilung der DDR im Sinn der Totalitarismusthese erwartet, wird enttäuscht werden.

Mit Mario Keßler bestreitet ein Historiker die Diskussion, der das Thema »Arbeiterbewegung und Antisemitismus« sachlich und ideologiekritisch bearbeitet.



Veranstaltungshinweis

Europäisches Treffen gegen den Neoliberalismus

Der Infoladen *Daneben* (Liebigstraße 34; 10247 Berlin) veranstaltet **am Donnerstag den 7. März 1996 um 20 Uhr** mit *Solidaridad Directa* (Gneisenaustraße 2a; 10961 Berlin; Tel.: 693 40 29) eine **Info- und Diskussionsveranstaltung** zum geplanten europäischen Vorbereitungskongreß für das *Intergalaktische Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus* **im X-B*liebig** (Liebigstraße 34; U5: Frankfurter Tor).

Im Januar '96 schlug die *Zapatistische Befreiungsarmee EZLN* in Mexiko ein *Intergalaktisches Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberlismus* vom 27.7.-3.8.'96 in Chiapas vor. Als Vorbereitung sollen auf allen Kontinenten Kongresse stattfinden, der für Europa in Berlin.

Auf der Veranstaltung soll diskutiert werden, was Sinn und Zweck eines solchen Kongresses in Berlin sein könnte, wer ihn tragen soll und was die Inhalte eines solchen Kongresses sein könnten.

Größenwahn
Kinzigstr. 9 HinterHaus
10247 Berlin- Friedrichshain
Tel. 291 80 83 oder 294 76 88

Samstag, 2.3.96
15.00 - 20.00 Uhr
Kaffee und Kuchen im Cafe Größenwahn
und um
16.30 Uhr Film „*The Crying Game*"
(Eintritt frei. Spenden erwünscht)

Sonntag, 3.3.96
19.00 Uhr
Dokumentarfilme über die Geschichte der IG-Farben
von Auschwitz-Monowitz bis heute und über ein Interview mit ZeitzeugInnen

Montag, 4.3.96
19.00 Uhr
Reihe: **„Im Gespräch mit ZeitzeugInnen des antifaschistischen Widerstands"**
Im Gespräch mit Maria König, Vorsitzende des Auschwitz Komittees und ehemaliger Häftling

"Nach Oklahoma: Faschismus in den USA"

Veranstaltung mit dem amerikanischen Antifaschisten Janathan Mozzocki von der "Coalition for Human Dignity" Portland, Oregon, USA
am Freitag, den 1. März 19.30 im Cafe Cabana, Haus der Jugend, Berliner str. 49 in Potsdam

WIR VERSUCHEN ES NOCH MAL !!

koordinierungstreffen jeden donnerstag um 18 uhr in der köpi
wegen besetzerInnentage vom 5.4. - 13.4. 1996
alle (projekte,gruppen,einzelpersonen) die lust haben etwas innerhalb von veranstaltungen oder eigene veranstaltungen, möglichst in besetzten räumen, zu machen sind eingeladen + aufgefordert zu kommen und sich - auch mit eigenen ideen - einzubringen, z.b.:
infoveranstaltungen + - stände, ausstellungen, stellwände, theater, performance, bands die lust haben umsonst zu spielen, clowns etc.
für ein hoffest werden unkommerzielle stände aller art gesucht.
---- SORRY FÜR DAS CHAOS BEIM SONNTAGSFRÜHSTÜCK ---

häusermob

Vortrag, Film und Diskussion
anläßlich des 75 Jahrestages des ersten ArbeiterInnenaufstands gegen die bolschewistische Parteidiktatur (Kronstadt 1921)

Montag den 4. März um 19 Uhr
im Anarchistischen Laden
Rathenower Straße 22 (berlin-Moabit)

DER NEUE
trend
ONLINEZEITUNG FÜR DIE ALLTÄGLICHE WUT
LINKS & RADIKAL IM INTERNET
http://ourworld.compuserve.com:80/homepages/trend/

Vorbereitungstreffen Walpurgisnachtdemo
jeden Dienstag ab dem 5.3. im Frauenraum im Mehringhof, Geneisenaustr. 2a um 18,30 Uhr
Alle FrauenLesben sind herzlich eingeladen !
Demohotline für Infos/Fragen.
2512828 Frauennotruf

DIESES MAL IM SEK
U-BHF. SAMARITERSTR.
SCHARNWEBER-
ECKE COLBESTRASSE

Das Nationale Pressearchiv zerschlagen!

Das seit 1993 in Frankfurt / Oder existierende *Nationale Pressearchiv* (NPA) ist eine der letzten noch nicht verbotenen und öffentlich wahrnehmbaren Nazi-Organisationen im Land Brandenburg. Dahinter verbirgt sich ein sogenannter Stützpunkt der seit 1992 verbotenen *Nationalistischen Front* (NF). Das Pressearchiv dient der NF zum Archivieren und Verbreiten von Materialien sämtlicher rechtsextremistischer Gruppen und Organisationen. Außerdem ist es ein bundesweit und international wichtiger Knotenpunkt in der Anti-Antifa-Kampagne, wo Informationen über vermeintliche GegnerInnen der Nazis gesammelt werden.

Betrieben wird das NPA von dem einschlägig bekannten Mitglied der NF, **Danny Sowade**; er wohnt mit seinen Eltern in der Konrad-Wachsmann-Str. 37, wo sich auch das Pressearchiv befindet.

Neben einem Rundbrief mit dem Titel *„Nationaler Beobachter"* veröffentlichte das NPA im letzten Jahr mehrere Hetzanzeigen in Frankfurter Anzeigenblättern. Gerade an der Grenze zu Polen ermöglicht es ein rassistisches und aggressives Klima den Nazis - nahezu unbehelligt von Polizei und Behörden- in die Offensive zu kommen. Seit längerer Zeit führen sie auch Wehrsportübungen unter Sowades Leitung in der Umgebung der Stadt durch.

Es ist notwendig, dem Treiben des NPA ein für allemal ein Ende zu setzen. Wir rufen auf zu einer Demonstration mit dem Motto:

Das Nationale Pressearchiv zerschlagen!

Kommt Alle! – Antifa heißt Angriff!



Antifaschistische Gruppen Nord-Brandenburg

Initiative gegen das „Nationale Pressearchiv"



Treffpunkt für BerlinerInnen:
13.^00 Uhr Bahnsteig
Hauptbahnhof (pünktlich!)
Gemeinsam mit dem
„Schönes-Wochenende-Ticket".



Demonstration in Frankfurt/Oder
Samstag, 2. März 1996 · 14.00 Uhr
Bahnhofsvorplatz (Hbf.) Frankfurt/Oder



V.i.S.d.P. D. Schwerin, Pflaumenallee 96, 15234 Frankfurt/Oder